

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Monat 1,30 M., für den Vierteljahr 3,30 M., für den halbjährigen 6,30 M., für den jährlichen 12,00 M. (Postgebühren eingeschlossen).
 Einzelhefte 5 Pfennig.
 Die Redaktion ist für die Besorgung der Abonnementbestellungen in allen Ländern zuständig.
 Die Redaktion ist für die Besorgung der Abonnementbestellungen in allen Ländern zuständig.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 20 Pfennig, für politische und gesellschaftliche Anzeigen 30 Pfennig, für Kleinanzeigen, die täglich erscheinen, 10 Pfennig, für Kleinanzeigen, die wöchentlich erscheinen, 5 Pfennig, für Kleinanzeigen, die monatlich erscheinen, 3 Pfennig.
 Die Redaktion ist für die Besorgung der Abonnementbestellungen in allen Ländern zuständig.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Freitag, den 20. Oktober 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Frieden und Parteistreit.

„Die Franzosen wissen nicht, daß sie die Befreiung ihres Landes und Belgiens heute schon haben können, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. . . Frankreich soll französisch, Belgien belgisch, Deutschland deutsch bleiben! Das ist die Grundlage, auf der der künftige Frieden geschlossen werden wird!“

Diese Worte Scheidemanns in der Reichstags-Sitzung vom 11. Oktober haben im Ausland und Inland immer größeren Aufsehen erregt, als ihnen — von dem einzigen Grafen v. Westarp abgesehen — kein Redner aus dem Hause und nicht der aufmerksam zuhörende Reichskanzler widersprochen hatte. Man interpretierte sie im Ausland als ein Friedensangebot nicht nur der deutschen Sozialisten, sondern des deutschen Volkes überhaupt.

Ob es draußen in der feindlichen Welt einflussreiche Kreise, die einer raschen Beendigung des Krieges, einem Frieden der Verständigung, zustrebten, so mußte Scheidemanns Rede für sie das Stichwort sein, das sie zu Wort und Tat auf die Bühne rief. So hat schon am vergangenen Donnerstag der frühere Minister Trebelhan, einer der Führer der „Union of Democratic Control“, auf jene Rede Bezug genommen, indem er sagte, wenn Deutschland keine Annexionsabsichten hege, so stehe von dieser Seite dem Versuch einer Aussprache über Friedensbedingungen nichts im Wege; leider sei aber nicht sicher, ob nicht die Entente den Krieg zu Annexionszwecken fortführe. Und die dänische Zeitung „Politiken“ meint, Scheidemanns Rede sei geeignet gewesen, die Friedensströmungen in anderen Ländern zu stärken. Wäre in allen Ländern der Einfluß der Parla- mente stärker gewesen, so hätte der Krieg voraussichtlich vermieden werden können.

Leider aber ist der Zweck, die Friedensströmungen in anderen Ländern zu stärken, an einer Stelle nicht erreicht worden, auf die es am meisten ankommt.
 In der „Humanität“ vom 15. Oktober weist Pierre Renaudel den Friedensversuch Scheidemanns kalt und höhnisch zurück. Er hat sich gegen alles, was von dieser Seite kommt, mit äußerster Mißtrauen gepanzert und er begründet sein Mißtrauen wie folgt:

Das Unglück will, daß wir den Scheidemann und David nicht mehr Vertrauen zu schenken haben, als es ihnen die Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Partei, die von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft schenken. Sehr dorb haben die deutschen Mitglieder der Reichstagskonferenz den „Imperialisten“ die Wahrheit gesagt auch in der Beziehung, daß sie sich selbst durch ihre gegenwärtige Haltung nicht täuschen lassen. Die französischen Sozialisten werden ebensovwenig wie die Sozialisten der deutschen Minderheit die Raiben und die Betrogenen sein wollen gegenüber den Scheidemann und seinesgleichen.

Die französischen Sozialisten, fährt Renaudel fort, hätten das Wort des Konvents nicht vergessen, daß man mit einem Feinde, der im Lande steht, nicht verhandelt, denn die Pfänder, mit denen er bewaffnet sei, würden ihm ein allzu leichtes Spiel auf dem grünen Tisch der Diplomatie gestatten. Dann fordert er aber freilich wieder von den Regierungen der Entente die Bekanntgabe ihrer Friedensziele — was sehr wenig Sinn hätte, wenn man nicht bereit wäre, schließlich auch mit einem Feinde, der im Lande steht, zu unterhandeln. Die Logik Renaudels ist etwas brüchig, und vielleicht darf man den Bruch in ihr als einen kleinen ersten Erfolg der deutschen Friedensbereitschaft erblicken, als den schüchternen ersten Anfang einer bevorstehenden Rückkehr zur Besinnung.

Einstweilen aber weist Renaudel die deutschen Sozialisten als Friedensstifter zurück. Er gebraucht die Haltung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ dazu, die sozialistische Politik der Verständigung zu bekämpfen und die Fortsetzung des Krieges zu predigen!

Die Genossen von der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ werden über diese Wirkung ihres Vorgehens nicht wenig erstaunt sein. Sie haben es gewiß nicht so gewollt. Wenn man aber die Parteigenossen der Mehrheit jahrelang als Kriegspatrioten, Imperialisten und weiß Gott was hinstellt, dann kann eben der schmerzliche Erfolg nicht ausbleiben, den diese Parteigenossen in dem Moment, in dem sie sonst als Friedensstifter wirksam auftreten, in den Augen des Auslandes als diskreditiert erscheinen. Man kann beim besten Willen, dessen Vorhandensein keinen Augenblick bezweifelt werden soll, nicht für den Frieden wirken, indem man der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie kriegsverlängernde Tendenzen zuschreibt, die sie doch — wie jeder nächsten Gebliedene weiß — niemals gehabt hat.

Nun ist der Schaden da, und es ist sicher kein unbilliges Verlangen, wenn man an die, die ihn angerichtet haben, das Verlangen stellt, sie möchten ihn nach Kräften wieder gut-machen helfen. Mit dem, was Scheidemann über den Frieden gesagt hat, kann doch jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft übereinstimmen! Jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kann wünschen, daß jenen Worten nicht durch Verdrehung und Entstellung der Absichten die Wirkung verflümmert werde. Denn der Parteistreit ist doch nicht Selbstzweck, Zweck ist allein der Frieden!

Daß die „Arbeitsgemeinschaft“ nach bestem Wissen für den Frieden gearbeitet, und daß sie damit auch gewisse nützliche Wirkungen erzielt hat, soll nicht bestritten werden. Auch Hans Vorst im „Tag“ bestätigt ihr das. Der Fall Renaudel zeigt aber die Rehrseite der Medaille, und er sollte der „Arbeitsgemeinschaft“ doch Anlaß zum Denken geben.

Die Sache des Friedens steht schlecht, wenn sich die deutschen Sozialisten über die beste Methode, ihn herbeizuführen, bis aufs Messer bekämpfen. Ist es nicht ein Trauerspiel? Wir sind für den Frieden durch Verständigung, und dabei können sich nicht nur nicht deutsche und französische Sozialisten, sondern sogar auch deutsche Sozialisten untereinander nicht verständigen! Wenn sie den Frieden durch Verständigung verlangen, können die Kriegsparteien nur höhnisch sagen: Mögen doch die neuen Friedensstifter erst bei sich zu Hause anfangen!

Statt für die Verständigung der Sozialisten diesseits und jenseits der Front hat die „Arbeitsgemeinschaft“ — selbstverständlich ganz gegen ihren Willen — für eine Verschärfung des gegenseitigen Mißtrauens gewirkt. Jetzt wäre es höchste Zeit für sie zu erklären, daß sie trotz aller taktischen Meinungsverschiedenheiten in der Hauptfrage des Friedenswillens wie der Verteidigungsbereitschaft mit der Parteimehrheit übereinstimmt. Auch der Verteidigungsbereitschaft! Denn daß sich das deutsche Volk seiner Haut wehren muß, solange man ihm den Frieden weigert, ist doch eine platte Selbstverständlichkeit, die auch die „Arbeitsgemeinschaft“ nicht bestritt!

Diese Aufforderung, gemeinsam für den Frieden zu arbeiten, mag manchem wenig zeitgemäß erscheinen in einem Augenblick, in dem der Krieg zu Hause wieder einmal hell entbrannt ist. Aber den Völkern Europas sind alle Kompetenztreitigkeiten, die sich aus dem Statut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ergeben, hehula. Sie wollen den Frieden! Und sie wollen nicht, daß man sich dem Frieden zuliebe auch im Hinterlande gegenseitig hildlich die Köpfe einschlägt, wie das an der Front täglich tatsächlich geschieht; sie wollen, daß über den Kleinstreit des Tages nicht das große Ziel der Menschheit verloren geht, nach dem wir alle streben, so seltsam sich dabei auch mancher mitunter anstellen mag. Trotz alledem: Deutsche Sozialisten! Macht Frieden untereinander — für den Frieden!

Friedrich Stampfer.

Die griechischen Wirren.

Die französischen Truppen in Athen.

London, 18. Oktober. (B. L. B.) Die „Morning Post“ erfährt aus Athen vom 17., daß Ministerpräsident Lambros eine lange Unterredung mit dem französischen Gesandten gehabt hat, in der dieser erklärte, daß die französischen Matrosen wegen der Reservistenunruhen am Sonntag und wegen der feindlichen Kundgebung am Montag gelandet worden seien. Es sei keine Besetzung der Stadt, sondern nur eine Verstärkung der Polizei. Wenn in den nächsten Tagen keine weiteren Unruhestörungen mehr vorkommen würden, würden die Landungstruppen wieder eingeschifft werden. — Das Gerücht, daß gestern der griechischen Regierung eine neue Note der Alliierten überreicht worden sei, ist vollkommen grundlos.

Die griechischen Kreuzer „Atteroff“, „Mikis“ und „Lemnos“ sind heute von dem Arsenal von Salamis nach einer Stelle in der Nähe des Ankerplatzes der Flotte der Alliierten gebracht worden.

Bern, 18. Oktober. (B. L. B.) Der Mitarbeiter von „Corriere della Sera“ in Athen drahtet: Die Nacht verlief ruhig. Der Stadttheaterplay ist andauernd von griechischen Truppen besetzt, welche Kundgebungen gegen die französischen Marinesoldaten verhindern. Die Franzosen selbst haben das Theater besetzt, um das Wackelpferd mit aufgezinstem Seitengewehr stehen. Auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig sind die griechischen Truppen aufgestellt.

Weitere Truppenlandungen in Athen.

Bern, 19. Oktober. (B. L. B.) „Secolo“ meldet aus Athen: Hier spricht man von der Landung weiterer 6000 Mann der Alliierten. König Konstantin hat den englischen Gesandten Elliot zu sich berufen und ihm versprochen, die griechischen Truppen aus Thessalien zurückzurufen und zu entlassen, wenn die Alliierten als Gegenleistung auf die Kontrolle der griechischen Polizei verzichten. Admiral Jounet hat den Ministerpräsidenten Lambros befragt. Anscheinend haben die beiden Besprechungen zu Folge, die angedrohten verschärften Maßnahmen hinausgeschoben. Ferner meldet „Temps“: Lambros hatte bei Jounet um Einschränkung der Befugnisse der in den wichtigsten griechischen Städten mit der Polizeikontrolle betrauten französischen Offiziere nachgesucht. Nach den Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten Lambros und den Gesandten Elliot und Guillemin fiel die Antwort des Admirals Jounet verneinend aus. Nach einer Beratung ließ der griechische Ministerrat Jounet mitteilen, daß die Regierung die von der Entente vorgeschlagenen Kontroll- und Polizeimaßnahmen in ganzer Ausdehnung annehme. Die Einzelheiten sollten mit Jounet noch besprochen werden.

Parteinahme für Venizelos.

Bern, 18. Oktober. (B. L. B.) Laut „Matin“ hat sich ein großer Teil des 4. griechischen Infanterie-Regiments mit 15 Offizieren für die Salonikier Regierung erklärt.

Einer funktentelegraphischen Meldung zufolge wurde in Solo die Abfahrt von 25 Waggons Munition nach dem Inneren Thessaliens verboten.

Venizelos Vorsitzender des liberalen Bundes.

Rotterdam, 19. Oktober. (B. L. B.) Aus New York wird dem Daily Telegraph gemeldet, daß Venizelos den Vorsth und General Danglis den Ehrenvorsitz über den dort errichteten Liberalen Bund übernommen hat. Der Hauptzweck des Bundes ist, den Präsidenten und die Revolution moralisch und pekuniär zu unterstützen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 18. Oktober. (B. L. B.) Bericht des Generalstabes vom 18. Oktober.

Mazedonische Front. Ostlich des Prespa-Sees und im Gernabogen lebhafteste Artillerietätigkeit. Ein Angriff zweier feindlicher Regerkompagnien in der Umgebung des Dorfes Negotzeni wurde leicht zurückgeschlagen. Der Feind zog sich darauf zurück und erlitt große Verluste. Feindliche Angriffe, die nach heftiger Artillerievorbereitung bei den Dörfern Slivniza und Tarnova und bei der Höhe Dobropolje unternommen wurden, scheiterten mit großen Verlusten für den Feind. Im Roglnica-Tale das gewöhnliche Artillerie- und Infanteriefeuer. Feindliche Flugzeuge warfen ohne Ergebnis Bomben auf Prilep und ein Krankenhaus. Auf beiden Seiten des Bardar schwache Artillerietätigkeit. Ein Versuch feindlicher Infanterie gegen einen unserer Posten südlich des Dozranjees vorzugehen, mißlang. Am Fuße der Velasica Planina Ruhe. An der Strumafont beschoß feindliche Artillerie einige bewohnte Ortschaften vor unserer Front. An der Küste des Aegäischen Meeres beschoß die feindliche Flotte die Höhen beim Dorfe Drzano und die Straße Cavalla-Drama.

Rumänische Front. Es herrscht Ruhe. Die Lage ist unverändert.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. Oktober. (B. L. B.) Bericht des Hauptquartiers.

An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel Scharmützel. Wir machten eine Anzahl Gefangener. An der Küste südlich von Rigi schoben wir unsere Stellung vor. Auf dem linken Flügel schlugen wir feindliche Ueberraschungsangriffe durch einen Gegenangriff zurück. Wir machten eine Anzahl Gefangener.
 Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

Hindenburg über die Lage in Siebenbürgen.

Budapest, 17. Oktober. (B. L. B.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat vor einigen Tagen einen Mitarbeiter des „Budapesti Hirlap“ im Großen Hauptquartier empfangen und zu ihm gesagt: Sie sind in einem glücklichen Augenblick zu mir gekommen, denn in Ihrem Vaterlande, in Siebenbürgen, verlaufen die Dinge großartig. Wir bedrängen den Feind hart und in kurzer Zeit werden wir den letzten rumänischen Soldaten aus dem Lande vertrieben haben. Ich werde mich darüber sehr freuen; denn ich wünschte und erwartete diese rasche Wendung und dieses Verhängnis, welches den neu erstandenen Feind ereilt.

Gefallene amerikanische Flieger.

Bern, 18. Oktober. (B. L. B.) Nach „Echo de Paris“ ist der amerikanische Flieger Norman Prince, einer der Teilnehmer am letzten Fluge nach Oberndorf, der durch ein deutsches Geschöß schwer verwundet worden ist, seinen Verletzungen erlegen. Der Flieger Marcel Poincot wurde im Luftkampf getötet.

Nach „Petit Parisien“ wurden außer Prince auch die amerikanischen Flieger Chapman und Rodwell, ebenfalls Teilnehmer am Fluge nach Oberndorf, getötet.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 18. Oktober nachmittags. Nördlich von der Somme erneuerten gestern gegen Tagesende die Deutschen ihre Angriffsversuche gegen die französischen Stellungen von Sailly Saillet. Drei Angriffe, die von Norden und Osten ausgingen, wurden durch unser Feuer der Reihe nach gebrochen und brachten den Deutschen merklliche Verluste. Alle französischen Gewinne wurden vollständig behauptet. Keine Infanterietätigkeit im Laufe der Nacht. Südlich von der Somme griffen die Deutschen um 5 Uhr morgens östlich von Berny-en-Santerre einen feindlichen Graben an. Einige Teile der ersten Sturmwellen konnten in vorgegebene Grabenteile eindringen. Aber die Eindringlinge wurden getötet oder infolge eines Gegenangriffes gefangen genommen. Die folgenden Sturmwellen wurden unter Sperrfeuer genommen, mußten in Unordnung zurück-sitzen und ließen tote auf dem Gelände. Südlich von der Ancre brangen französische Aufklärungsabteilungen in der Gegend von Fresnoires in einen deutschen Graben ein und brachten Gefangene zurück. Südlich von Reims gelang im Abschnitt von Vapontelle ein anderer Handstreich vollkommen.

Vom 18. Oktober abends. (W. Z. V.) Nördlich der Somme haben wir die Eroberung des Dorfes Sailly-Saillies vollendet und den Feind von den Berggründen nordwestlich und nordöstlich des Dorfes vertrieben. Südlich der Somme ist die erste deutsche Linie auf der ganzen Front zwischen Raismont und Biaches in einem Ansturm genommen worden. Bei diesen beiden Unternehmungen haben wir 250 Gefangene gemacht, unter ihnen 5 Offiziere, und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Auf der übrigen Front der gewöhnliche Artilleriekampf.

Flugwesen: Trotz nebligem Wetter haben sich unsere Jagdflieger sehr tätig gezeigt. Im Laufe des 17. sind an der Somme drei feindliche Flugzeuge heruntergeholt worden. Eins dieser Flugzeuge ist bei Catzencourt le Haut abgeschossen, das zweite südlich von Fouchabesnes, das dritte, von Leutnant Heurteaux angegriffen, fiel zwischen Rocquigny und Le Tranchy zerstückt in die Höhe, was die Zahl der von diesem Leutnant zum Niedergehen gezwungenen Flugzeuge auf neun erhöht. Einer unserer Flieger, der zwischen Aoye und Saffigny von drei Postern angegriffen wurde, zwang einen feiner Gegner zur Landung und schlug die beiden anderen in die Flucht.

Orientarmee: Auf dem rechten Bankarfer haben wir in einer Tiefe von 400 Meter feindliche Gräben genommen. Serbische Truppen haben ihr Vorrücken auf den Abhängen nordwestlich von Dobropolje fortgesetzt. In der Ebene von Monastir Gewehr- und Geschützfeuer. Türkische Abteilungen sind am unteren Struma angekommen.

Belgischer Bericht: Artilleriekampf an der ganzen Front der belgischen Armee. Heftige Tätigkeit der Graben- und Feldartillerie in der Gegend von Voerlinge.

Die englische Meldung.

Vom 18. Oktober nachmittags. (W. Z. V.) Während der Nacht hat es heftig geregnet. Trotzdem machten wir an mehreren Punkten zwischen der Straße von Albert nach Bapaume und Lesboeuils Fortschritte und machten einige Gefangene.

Vom 18. Oktober abends. (W. Z. V.) Der Angriff gewann am Morgen auf der Front nördlich Gueudecourt gegen Butte-Warlencourt an Ausdehnung. Ueber 150 Gefangene wurden gemeldet. Gestern machten unsere Flugzeuge drei Streifen, beschädigten dabei Gebäude mit Eisenbahnmateriale und brachten einen Zug zum Entgleisen. Vier feindliche Flugzeuge wurden in den Luftkämpfen zerstört; vier unserer Flieger sind nicht zurückgekehrt.

Englischer Heeresbericht aus Saloniki vom 18. Oktober. (W. Z. V.) An der Strumafont beschoß unsere schwere Artillerie mit Erfolg das Dorf Varaklidzuma, wo Bewegungen der Feinde gemeldet worden waren. An der Dojranfront andauernde Patrouillentätigkeit. Feindliche Artillerieabteilungen wurden zerstört.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 18. Oktober. (W. Z. V.) Westfront: Südöstlich des Friedens Ezerany (37 Kilometer südöstlich Nowel) griff der Feind unsere Gräben, nachdem er sie mit Granaten und erstickenden Gasen beschossen hatte, zweimal an, wurde jedoch durch unser Feuer zurückgeschlagen. Nördlich von Koritnya dauerte der hartnäckige und erbitterte Kampf an. Alle Gegenangriffe des Feindes wurden abgewiesen. Der tapfere Kommandeur eines Infanterieregiments, Oberst Abisseff, der nach Heilung einer Wunde zu seinem Regiment zurückgekehrt war, wurde von neuem an beiden Beinen verwundet, in dem Augenblick, wo er persönlich sein tapferes Regiment anführte. Durch Handstreich bemächtigten wir uns feindlicher Feldposten. Bei Wolchowe (Wolchow) unternahm der Feind erbitterte Gegenangriffe, die durch unser Feuer abgeschlagen wurden. Südlich von Keresmerow (Korosmegeow) und Domofantra (Dorna Watra?) wurden alle Angriffe abgeschlagen. — Karpaten: Schneewetter und stellenweise Nebel. — Kaukasusfront: Am 15. und 16. Oktober unternahmen tschurische türkische Kräfte sieben Angriffe auf den Berg Soudindogh (?), 60 West südöstlich von Erginjjan, der von tapferen kaukasischen Regimentern besetzt war. Sie wurden jedesmal durch unser Feuer unter schweren Verlusten zurückgeworfen. An der Dobrubtscha schloß unsere Artillerie ein feindliches Wasserflugzeug ab, das zwischen den feindlichen Gräben und den unsrigen niederfiel. Beim Absturz explodierte der Apparat und verbrannte.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 18. Oktober. (W. Z. V.) Nachdem unsere Truppen auf dem Polubio den letzten Widerstand des Feindes in der Gegend zwischen dem Cosmagno und dem Voite gebrochen hatten, griffen sie gestern die Linien nördlich des Gipfels an. Eine starke vom Gegner errichtete Schanze, das sogenannte Polubio-Horn, wurde von unseren Truppen nach kräftigem Sturm genommen; wir machten 72 Gefangene und erbeuteten Waffen und Munition. Zwei feindliche Abteilungen, die einen Gegenangriff machten, ließen wir bis auf einige hundert Meter herankommen, dann wurden sie durch plötzlich einsetzendes Sammelfeuer heftig aufgerieben. In der Nacht versuchte der Gegner wiederum Angriffe, er wurde aber beharrlich mit neuen schweren Verlusten zurückgeschlagen. An der übrigen Front Tätigkeit der Artillerien; die des Feindes gab einige Schiffe auf Skago und Ödz ab.

Der rumänische Bericht.

Vom 18. Oktober. (W. Z. V.) An der Nord- und Nordwestfront Artillerietätigkeit. Westlich von Fuzghes und Vicaz wurden feindliche Angriffe abgeschlagen; wir machten 90 Gefangene. Im Abschnitt Wolobani nahmen wir 2 Offiziere und 65 Soldaten gefangen. Im Trotus-Tal ist ein Kampf im Gange; wir nahmen bis jetzt 1 Offizier und 100 Soldaten gefangen. Im Uzul-Tale wurden alle feindlichen Angriffe blutig abgeschlagen. Jenseits der Grenze dauern im Otuz-Tale Angriffe und Gegenangriffe mit gleicher Heftigkeit an. Wir brachten dem Feinde schwere Verluste bei, und nahmen 3 Offiziere und 100 Mann gefangen. In der Gegend von Francaea leichte Gefechte westlich der Grenze; der Feind wurde abgewiesen. Im Buzeu-Tale zerstörte unsere Artillerie ein feindliches Geschütz und zwang die vorgeschobenen feindlichen Linien, sich einen Kilometer nach Norden zurückzuziehen. Bei Lababuti Artilleriefeuer. Bei Protocoa und Wrebelus Ruhe. Bei Predeal heftiges Artilleriefeuer. Bei Materas heftige Kämpfe; wir erbeuteten 4 Maschinengewehre und machten Gefangene. Im Alt-Tale wiesen wir einen feindlichen Angriff ab. Auf dem Berge Kobul machten wir mehrere Gefangene und nahmen 2 Maschinengewehre. An der Nul-Front Ruhe. Die Artillerie beschoß die Front bei Orsova lebhaft.

Südfront: An der Donau gegenseitige Schüsse. In der Dobrubtscha zeitweise Artillerie- und Infanteriefeuer. Unsere Artillerie zwang ein feindliches Wasserflugzeug, zwischen unseren und den feindlichen Linien niederzugehen. Während des Sturzes ereignete sich auf dem Flugzeug eine Explosion und es verbrannte.

Vom U-Boot-Krieg.

Kristiania, 18. Oktober. (W. Z. V.) Der in Bergen beheimatete Dampfer „Sten“, mit einer Ladung Ridelerg von Eken nach Grimshj unterwegs, ist am Dienstagvormittag von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die aus 18 Mann bestehende Besatzung ist von einem schwedischen Dampfer abends in Kristiansand gelandet worden.

Kopenhagen, 18. Oktober. (W. Z. V.) Die schwedische Bark „Gretha“ aus Stockholm, mit Strubenholz von Göteborg nach Sunderland unterwegs, wurde mittags in der Nähe von Hirtshals von einem deutschen U-Boot in Brand gesteckt. Die Besatzung von 18 Mann erhielt 10 Minuten Zeit zum Verlassen des Schiffes. Sie wurde von einem norwegischen Postdampfer aufgenommen und abends in Frederikshavn gelandet.

Bern, 19. Oktober. (W. Z. V.) Aus einer Londoner Kabelmeldung des „Matin“ geht hervor, daß der englische Dampfer „Baron Harborough“ (1874 Tonnen) im Mittelmeere untergegangen ist. Die Remanna ist von dem französischen Dampfer „Redjerna“ gerettet worden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 19. Oktober 1916. (W. Z. V.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Nördlich der Somme gestern wieder ein erfolgreicher Großkampf!

In schwerem Ringen ist ein neuer Durchbruchversuch der Engländer zwischen Le Sars und Morval vereitelt worden. Ihre Angriffe, die dort vom Morgengrauen bis zum Mittag gegen unsere zähe verteidigten, im Nahkampf gehaltenen oder durch Gegenstoß wiedergenommenen Stellungen geführt wurden, sind zum Teil schon in unserem starken, gut geleiteten Artilleriefeuer gescheitert.

Unbedeutender Geländegewinn der Engländer nördlich von Gancourt l'Abaye und Gueudecourt, der Franzosen in Sailly und auf dem Südufer der Somme zwischen Biaches und La Raismont bei einem Angriff in den Abendstunden gleicht die schweren, blutigen Verluste der Gegner nicht aus.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich von Siniawa wurden feindliche Gräben auf dem Westufer des Stochod genommen, bei Dubnow Angriffe russischer Gardetruppen verlustreich für den Gegner abgewiesen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

An den Pässen über die rumänischen Grenzen sind erfolgreiche Kämpfe im Gange.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

An der Cerna haben sich neue Kämpfe entwickelt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Versenkung englischer Truppentransportdampfer für Saloniki.

Amlich. Berlin, 19. Oktober. (W. Z. V.) Von unseren Unterseebooten wurden im Mittelmeer versenkt: Am 4. Oktober der leere englische Truppentransportdampfer „Franconia“ (18 150 Bruttoregistertonnen); am 8. Oktober der bewaffnete englische Transportdampfer „Crosbyhill“ (5002 Bruttoregistertonnen) mit Pferden und serbischen Begleitmannschaften; am 12. Oktober der bewaffnete englische, tiefbeladene Truppentransportdampfer „Sebel“ (4600 Bruttoregistertonnen). „Crosbyhill“ und „Sebel“ befanden sich auf dem Wege nach Saloniki.

Am 16. Oktober hat eines unserer Unterseeboote Fabrik- und Bahnanlagen bei Catanzaro (Kalabrien) mit Erfolg beschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalkabsbericht.

Wien, 19. Oktober 1916. (W. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Die Kämpfe an der siebenbürgischen Süd- und Ostgrenze dauern an.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich von Zborow erfolgreiche Unternehmungen unserer Vorposten. Bei der Armee des Generalobersten v. Terzkytsand wurden Vorhölzer russischer Garderegimenten abgeschlagen und am oberen Stochod einige feindliche Gräben in Besitz genommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe im Polubio-Gebiet erneuerten sich mit gesteigerter Erbitterung. Die durch Alpen verstärkte Brigade Liguria griff unsere Stellungen nördlich des Gipfels an. Stellenweise gelang es dem Feinde, in unsere vorderste Linie einzudringen. Die braven Tiroler Kaiserjäger-Regimenter Nr. 1 und Nr. 3 gewannen jedoch alle Stellungen wieder zurück, nahmen einen Bataillionskommandanten, 10 sonstige Offiziere und 153 Mann gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre. Ein neuerlicher Angriff der Italiener wurde abgewiesen. Starke feindliche Abteilungen, die sich vor dem Koite-Rücken sammelten, wurden durch unser Artilleriefeuer niedergebissen. An der übrigen Front stellenweise Geschützkämpfe. Unsere Flieger belegten Salsano und Castagnavizza mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Aus Albanien nichts zu berichten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschallsleutnant.

Die versenkten französischen Truppentransportschiffe.

Bern, 19. Oktober. (W. Z. V.) Ein Zeitartikel im „Journal“ soll die öffentliche Meinung in Frankreich wegen der Torpedierung der „Gallia“ beruhigen. Der Verfasser zählt die bisher versenkten Truppentransporte in folgender Weise auf: „Admiral Camelin“ 55 Mann ertrunken, „Galvados“ 740, „Provence“ 1050, „Ville de Rouen“, „Gallia“ 1050, Gesamtsumme 2907 Mann ertrunken. Aus dem Artikel geht ferner hervor, daß kurz nach der Versenkung des englischen Truppentransportdampfers „Caledonia“ ein englischer Hilfskreuzer, dessen Name nicht genannt werden könne, und der von elf Zerstörern begleitet war, im Mittelmeer versenkt worden ist.

Eine amerikanische Erklärung zur U-Boots-Frage.

Washington, 19. Oktober. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amlich wird mitgeteilt, daß kein Beweis dafür vorliegt, daß bei den jüngsten U-Bootsangriffen an der Küste von Nantudet amerikanische Torpedojäger ersucht worden seien, aus dem Wege zu gehen, um den U-Booten zu ermöglichen, Handelschiffe zu zerstören. Die Torpedojäger hatten nur humanitäre Ziele im Auge. Es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, ob und wann eine erschöpfende Erklärung über die Haltung Amerikas gegenüber den U-Bootsangriffen zu erwarten ist.

Ein Aufruf Hervés für Rumänien.

Bern, 18. Oktober. (W. Z. V.) Die Reihe der Zeitartikel Hervés in „Victoire“, betitelt „Hilfe für Rumänien“ erreicht in der heutigen Nummer ihren Höhepunkt. Hervés schreibt: Die schlimmste Lage der Rumänen verbessert sich nicht. Die Dobrubtschaarmee Radensens weicht nicht zurück, die siebenbürgische Fallenshans macht weitere Fortschritte. Die militärische, finanzielle und moralische Bedeutung des Zusammenbruchs Rumäniens läßt es undenkbar erscheinen, daß die Alliierten nicht die höchste Anstrengung machen werden, um diesen Schicksal an uns vorübergehen zu lassen. Man rettet aber Rumänien nicht mit einer Straftentfaltung auf verschiedenen Fronten. Diese indirekten Wirkungen sind nicht stark genug. Rumänien muß auf dem Balkan geholfen werden. Die Russen können am schnellsten Hilfe bringen, aber auch wir anderen müssen neue Opfer bringen. Wann werden wir endlich einmal die deutsche Methode nachmachen, die es Deutschland erlaubt, von aller Welt blockiert, zahlenmäßig der Entente mehr als zur Hälfte unterlegen, auf allen Fronten durchzuhalten und gleichzeitig auf verschiedenen, vom deutschen Generalkab ausgehenden Punkten solch fürchterliche Neulenschläge auszuweiten? Was bedeutet unsere nach zwei Jahren endlich erreichte Einheitsfront, wenn jeder Generalkab für eigene Rechnung zu handeln scheint und Tränen vergießt, wenn er ein Armeekorps für eine andere Front abgeben muß? Als ob jedem sein eigener Ruhm mehr am Herzen läge, als das Ende des großen Gemeinheits herbeizuführen. Einheitsfront! Welch hohles Wort, ruft Hervés aus. Wir brauchen einen internationalen Generalkab, damit die Anhäufung der unglaublichen militärischen Fehler, die nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg begangen wurden und jebermann in Verstärkung verfehlten, endlich aufhört. Die Regierungen mögen sich vorsehen. Wenn Rumänien erdrückt würde, würde man nicht nur die militärischen Chefs verantwortlich machen, sondern die Regierungen selbst, die damit zeigen würden, daß sie die politische Leitung der militärischen Operationen nicht ausführen können. Man verlangt eine politische Leitung des Krieges, so schließt Hervés.

Kriegsdebatte im Unterhaus.

London, 17. Oktober. (W. Z. V.) Oberhaus. Grech teilte mit, daß die amerikanische Regierung im September 1914 gegen das Patrouillieren von britischen Kreuzern an der amerikanischen Küste Vorstellungen erhoben habe. Die amerikanischen Behörden hätten drastische Meldungen des englischen Schiffes „Suffolk“ nach New York aufgefangen, in denen um Vorrat und Zeitungen gebeten wurde. Die amerikanische Regierung habe darauf den englischen Botschafter wissen lassen, daß man dies im Wiederholungsfall so auffassen müßte, daß das amerikanische Gebiet als Basis für Proviant und für Informatoren benutzt würde, um aus den Zeitungen die Schiffsabewegungen kennen zu lernen. Der Versuch sei englischerseits nicht wiederholt worden. Ferner habe die amerikanische Regierung die englische Regierung benachrichtigt lassen, daß die Anwesenheit von britischen Kriegsschiffen in der Nähe von New York die amerikanische Regierung zwingt, eine sehr energische Haltung einzunehmen, da die öffentliche Meinung sehr empört sei, und daß ein Wiederholungsfall als ein unfreundlicher Akt aufgefaßt werden könnte, der die amerikanische Regierung zum Handeln nötigen würde. Grech sagte weiter, er wisse nicht, ob amerikanische Kriegsschiffe das Operieren des Unterseebootes erleichtert hätten, indem sie aus dem Weg gingen. Die Zeitungen hätten so berichtet, aber nur die amerikanischen Behörden könnten die Tatsachen feststellen.

Lord Robert Cecil sagte auf eine Frage, ob nach dem Garantievertrag Englands, Frankreichs und Russlands vom Jahre 1863 Griechenland einen monarchischen, unabhängigen und konstitutionellen Staat bilde, der Vertrag enthalte keine Definition einer konstitutionellen Regierung. Die Garantiemächte würden jedenfalls ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen.

Auf eine Frage, welche Schritte die Regierung täte, um den Vorschlägen der Pariser Wirtschaftskonferenz Wirksamkeit zu verleihen, sagte Asquith, die Regierung sei deswegen mit der französischen und russischen in Verbindung getreten, aber er könne im Augenblick nichts darüber sagen.

Rotterdam, 19. Oktober. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 18. d. M.: Im Unterhause hat der Liberale Chapple die Frage gestellt, ob mit den Ententeregierungen über gemeinsame Kundgebungen beraten worden sei, daß über Friedensbedingungen, die Deutschlands Bundesgenossen anbahnen, nicht mit Deutschland verhandelt, sondern mit jedem von ihnen ein Sonderfrieden abgeschlossen werde. Lord Robert Cecil antwortete darauf schriftlich folgenbermaßen: Ich bin nicht bereit, irgendeine Mitteilung über vertrauliche Verhandlungen zu machen, die zwischen den Alliierten stattgefunden haben oder nicht stattgefunden haben. Der Liberale Trevelhan hat die Frage gestellt, ob die Regierung mit ihren Alliierten ein Abkommen abgeschlossen habe, Rußland als Resultat dieses Krieges Konstantinopel zu garantieren. (Rufe: Oh! Oh!) Lord Robert Cecil antwortete darauf: Ich kann keine einzige Mitteilung (hört, hört-Rufe) über die möglichen Friedensbedingungen machen, außer nach vorherigen Beratungen mit den Alliierten und mit deren Zustimmung. Ich zweifle nicht daran, daß sie eine Mitteilung darüber machen werden, sobald sie das für wünschenswert halten.

Redmond fordert sofortige Homerule.

Amsterdam, 18. Oktober. (W. Z. V.) Nach einer Reutersmeldung brachte Redmond im Unterhause einen Antrag ein, der das gegenwärtige Regierungssystem in Irland beurteilt. Er betonte die Gefahr, die in der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes liege und ersuchte die Regierung, sich durch Entfernung der gegenwärtigen Ursachen der Unzufriedenheit und durch Gewährung sofortiger Homerule Sympathien in ganz Irland zu erwerben. Der Staatssekretär für Irland Duce und Asquith betonten demgegenüber, daß

Die wirkliche Lösung der irischen Frage nur gefunden werden könne, wenn die irischen Parteien sich über die Frage der Verwaltung Irlands verständigten. Auch Lloyd George hob mit Nachdruck hervor, es sei notwendig, daß alle Parteien in Großbritannien und Irland die Streitfragen hinterstellten und sich zusammen der Arbeit für das gemeinschaftliche Endziel widmeten.

Die Lebensmittelfrage für England.

London, 18. Oktober. (B. Z. B.) „Daily News“ schreibt im Leitartikel über die Unterhaus-Debatte über die Lebensmittelfrage, diese Frage sei von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang des Krieges. Die Deutschen rechneten auf einen Sieg des Ausscharrungsvermögens; sie rechneten darauf oder hofften, daß die Alliierten früher erschöpft sein würden als sie selbst, und man müsse offen zugeben, daß sich diese Auffassungen begründen ließen. Was Lebensmittel und Geld betreffe, sei die Stellung der Alliierten viel weniger sicher als militärisch. Die Alliierten könnten sich nicht, wie Deutschland, selbst versorgen; sie müßten den Krieg auf einer Goldbasis führen, und an dem Tag, wo sie das nicht mehr könnten, würden sie sich in Gefahr befinden. Ebenso ernst sei die Lebensmittelfrage. Die Alliierten seien von ihren überseeischen Lieferungen und deshalb von den Transportmitteln abhängig und das Ziel des Feindes sei, den verfügbaren Schiffsraum so zu vermindern, daß die Lieferungen nicht mehr ausreichen.

Neue englische Kriegsanleihe in Amerika.

London, 18. Oktober. (B. Z. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 17. d. M.: In Bankstreifen von Wallstreet heißt es, daß England eine neue Anleihe auf dem amerikanischen Markt vorhat. J. B. Morgan, der sich in London befindet, soll mit dem Schatzamt verhandeln. Man glaubt, daß die Bedingungen dieselben sein werden wie bei der Anleihe im letzten August. Der Betrag der Anleihe wird verchieden hoch geschätzt. Man glaubt, daß es sich um 250 Millionen Dollar handelt.

Politische Uebersicht.

Zum Wahlkampf in Oschag-Grimma.

Um die bürgerliche Kandidatur im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis (Oschag-Grimma-Burgen), wo bekanntlich unsere Genossen beschloffen haben, in den Wahlkampf einzutreten und den Genossen Lipinski als Kandidaten aufzustellen, ist es zwischen den bürgerlichen Parteien zu einer recht heftigen Auseinandersetzung gekommen. Die Konservativen, die bisher das Mandat inne hatten, haben den konservativen Fabrikbesitzer Dr. Wildgrube als Kandidaten aufgestellt und verlangen, gestützt auf den Burgfrieden, daß auch die übrigen bürgerlichen Parteien dem konservativen Kandidaten ihre Stimme abgeben sollen. Dagegen hat selbst die nationalliberale Presse („Berliner Börsenzeitung“, „Deutscher Kurier“ usw.) Einwendungen erhoben, und in der freisinnigen Presse wurde hervorgehoben, daß Dr. Wildgrube zu den fanatischsten Vertretern der Mitteldeutschen und den eifrigsten Mitgliedern der Kanzlerfronde gehöre.

In der alldeutsch orientierten Presse wird nun in heftiger Weise gegen die Kritik an Dr. Wildgrube Front gemacht und erklärt, die übrigen Parteien hätten bei der Aufstellung der konservativen Kandidatur nichts hereinzureden, sondern müßten einfach für den Kandidaten ihre Stimme abgeben, den die bisherigen Inhaber des Mandats, d. h. die Konservativen, für gut befänden. Welchen Grad von Gereiztheit diese Auseinandersetzung erreicht hat, zeigen beispielsweise folgende Äußerungen der „Täglichen Rundschau“:

„Wollen des „Berliner Tageblatt“ und die „Börsenzeitung“ die Verantwortung übernehmen, daß auf vereinzeltes freisinniges und nationalliberales Verlangen das bisher bestohene Wahlabkommen endgültig erledigt wird? Was in Oschag für recht befunden wird, muß doch wohl für alle anderen Wahlkreise, die während des Krieges erledigt werden, billig sein. Wir finden es unerträglich, daß nationalliberale Blätter an diesem gemeinsamen Beginnen sich in unzeitigster Parteilichkeit beteiligen und den Zeitpunkt für gekommen erachten, die konservativen Parteileitung in so anmaßlicher und unbegründeter Weise herauszufordern. Beim „A. Z.“, das ja immer auf der Suche nach dem „inneren Feind“ ist, finden wir die Entgleisung nicht verwunderlich, halten sie auch nicht für schädlich, da die Freisinnigen in Oschag-Grimma erfreulicherweise an dem Abkommen festhalten. Das „A. Z.“ freilich würde bei der Wahl zwischen einem Liebesheiratsgenossen und einem Konservativen oder „Aldeutschen“ sich mit Begeisterung für das Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft entscheiden, auch wenn der Wahl-Burgfriede darüber zum Teufel ginge. Der nächste freisinnige Kandidat müßte dann die Rede bezahlen.“

In heftiger Weise äußert sich auch eine Zuschrift in der gestrigen Morgenausgabe der „Kreuz-Zeitung“, die auf die Bemerkung des „Berliner Tageblatts“, Dr. Wildgrube sei ein scharfer Gegner der gegenwärtigen Reichspolitik, zuerst höhnisch fragt, seit wann denn das „A. Z.“ das Eintreten für die Regierung zu einem Bestandteil liberaler Gefinnungstätigkeit macht, um in demselben Atemzuge noch der — Unterstützung der Regierung zu rufen! Der Einsender der Zuschrift schreibt:

„Der Bruch des Burgfriedens in Oschag-Grimma durch die Sozialdemokratie unter gültiger Affizierung durch die bürgerliche Demokratie sollte meines Erachtens der Regierung nicht ganz gleichgültig bleiben, wenn anders ihr ernstlich daran gelegen ist, den Burgfrieden während des Krieges aufrechtzuerhalten. Die Konservativen werden sich eine Auslegung des Burgfriedens dahin, daß die von ihnen präsentierten Kandidaten von den gegnerischen Parteien auf ihr politisches Wohlverhalten hin zu prüfen seien, während die Kandidaten der anderen Parteien von den Konservativen anstandslos hingenommen werden müssen, nicht gefallen lassen können. Entweder hält die Regierung die anderen Parteien zur wirklichen Wahrung des Burgfriedens an, oder wir müssen unsererseits die Freiheit unserer Entscheidung und bei künftigen Wahlen vorbehalten.“

Diese erregten Ausführungen in der konservativen Presse sucht man der „Deutschen Kurier“ mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß es sich darum handele, durch Auswahl eines geeigneten Kandidaten eine geschlossene bürgerliche Front herzustellen, um den Sozialdemokraten aus dem Sattel zu werfen. Angesichts der Zugehörigkeit des sozialdemokratischen Kandidaten zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erhebt sich „für ganz Deutschland“ die Frage, ob die erste Wahlschlacht während des Weltkrieges mit einem Siege eines sozialdemokratischen Kreditberweigerers enden solle. Auch sei zu berücksichtigen, daß der Wahlkreis Oschag-Grimma eine starke linksliberale Wähler-

schaft umfasse, die für eine Wahl Dr. Wildgrubes schwer mobil zu machen sei.

„Wenn man bedenkt, daß die gesamten bürgerlichen Parteien ihren letzten Wahlsieg in Oschag-Grimma nur mit einer Mehrheit von wenigen hundert Stimmen errungen haben, so erscheint es uns kein unnütziges Hineinreden, sondern ein freundnachbarlicher Vorschlag, wenn wir darauf hinweisen, durch geeignete Auswahl des Kandidaten alles zu tun, um bei der ersten Wahlschlacht innerhalb dieses Weltkrieges die mehr als formelle Gemeinwirtschaft der bürgerlichen Parteien und damit den Sieg dieses gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten gegenüber der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu sichern.“

Wir geben diese Ausführungen wieder, weil sie ungemein bezeichnend sind sowohl für die Haltung der bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber wie für die Beflemmungen, mit denen die bürgerlichen Parteien der „ersten Wahlschlacht“ während des Weltkrieges“ entgegensehen.

Die Zensur.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte am Dienstag die Mitteilung, daß die Zensurbehörden bereits seit dem 1. August angewiesen worden sind, die Erörterungen innerpolitischer Angelegenheiten seiner Beschränkung zu unterwerfen, daß aber gefällige oder die Gesinnung anderer Parteien und Erwerbsstände herabwürdigende Auseinandersetzungen zu vermeiden sind.

Die Presse aller Parteirichtungen brüdt ihre Überraschung über diese bisher unbekannt, vor Monaten erlassene Verfügung aus und will in der Praxis von einer Milderung der Zensur bisher nichts bemerkt haben. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Die hier erwähnte Anweisung hat ganz vorwiegend nur einen Scheinfortschritt dargestellt; denn die Erörterung der innerpolitischen Fragen in engerem Sinne war auch vorher mit derselben Wahlgabe tatsächlich frei; und gewisse wirtschaftliche Fragen sind nach wie vor zur Erörterung nicht freigegeben, sehr zum Schaden der Sache. In den großen Lebensfragen der Nation vollends ist die Zensur, wenigstens teilweise, noch schärfer und unerträglich geworden.“

Der gleiche Ansicht ist die „Post“, die noch hinzusetzt: „Solange der Reichstag tagt, tritt die Zensur allerdings nicht so stark in den Vordergrund; sobald der Reichstag wieder auseinandergegangen sein wird, ist wieder mit den schärferen Maßnahmen zu rechnen. Diese auf eine bestimmte Zeit beschränkte Milderung ändert an dem Grundzug in der Handhabung der Zensur nichts.“

Die „Berliner Volkszeitung“ bemerkt: „Das ist gewiß ganz gut gemeint, aber wenn es dem subjektiven Ermessen des Zensors anheimgestellt bleibt, zu beurteilen, wann und wo eine „gefällige Auseinandersetzung“ vorliegt, dann wird es im großen und ganzen bei den zahlreichen — Menschlichkeiten bleiben, mit denen die Zensur uns seither beglückt.“

Politische Besprechungen im Großen Hauptquartier.

Wolffs Telegraphenbureau meldet vom 18. Oktober: Der österreichische Minister des Aeußern, Baron Burian verbrachte den gestrigen Tag im deutschen Hauptquartier, wo er mit Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eine Zusammenkunft hatte. Am Donnerstag ist der Reichskanzler wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Auch der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Jagow, ist aus dem Großen Hauptquartier nach Berlin zurückgekehrt.

Eine Auseinandersetzung über Kriegsgewinne und Reichsanleihe.

In zwei interessanten Artikeln hat dieser Tage der konservative „Reichsbote“ die auch hier ausführlich erörterte Frage der Kriegsgewinne angeschnitten und sich energisch gegen die Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Stresemann gewandt, der bekanntlich in der „Wolffischen Zeitung“ die „isolierte Industrie“ warm in Schutz genommen hat. Ueber den Dividendenjagen der Kriegsindustrie schreibt der „Reichsbote“:

„In den hohen Dividenden kommt die außerordentliche Gewinnsteigerung noch längst nicht immer zum vollen Ausdruck, da enorme Abschreibungen, Rücklagen usw. gemacht werden, um die Höhe der Dividenden nicht ins Maßlose steigen zu lassen. Das die Industrie da noch Grund zur Klage? Macht es nicht vielmehr der ernsten, vaterländischen Pflichtauffassung einen niederschmetternden Eindruck, wenn man selbst jetzt in dieser furchtbaren Schicksalsstunde unseres Volkes, wo es ohne jede Leberlei und ohne um Sein oder Nichtsein, um nicht weniger als alles geht, wenn man da in weiten Kreisen der Industrie und teilweise auch Landwirtschaft der Auffassung begegnet, die Produktionsfreudigkeit müsse durch immer größere Steigerung der Gewinne, durch immer höhere Preise und immer mehr Geldprämien erhalten und angestachelt werden? Ist unser Volk als Ganzes schon so weit von Gewinnlust zerrissen? Nein und abermals nein.“

Nach bemerkenswerter erscheinen die Äußerungen des „Reichsbotes“ anlässlich der beweglichen Klage des Herrn Stresemann, daß von einzelnen Behörden Theorien ausgesprochen werden, wonach man Höchstpreise unter dem Gesichtspunkte aufzustellen gedenke, daß die Verzinsung eines Wertes mit 5 Proz. nach oben begrenzt werde.

„Nun — meint dazu der „Reichsbote“ — die „Theorien“ der einzelnen Behörden über einen Höchstpreis von 5 Proz. werden schwerlich verwirklicht werden; darüber kann Herr Stresemann ganz beruhigt sein. Vielleicht haben jene Behörden damit nur durch die Stimme zu verstehen geben wollen, daß es die Pflicht der Industrie sei, von ihren Kriegsgewinnen nicht auf die „nur“ 5 v. H. abwerfende Kriegsanleihe zu zeichnen. Hätten hier die Industrie und alle anderen Kreise, namentlich die, welche am Kriege große Summen verdient haben, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, so wäre das schöne Ergebnis der Anleihe auch ohne den großartigen Melancorparat erreicht und dem Reichsfiskus viel Geld erspart worden. Die Sparlaffen haben wie bei den früheren so auch bei dieser Anleihe große Opferwilligkeit bewiesen. Sollte noch eine Anleihe nötig werden, so wird Industrie und Kapital sich ganz besonders hervorragend beteiligen müssen.“

Diese Äußerungen haben nun den besonderen Zorn des nationalliberalen „Deutschen Kuriers“ erregt, der dem „Reichsbote“ entgegnet:

„Einen Beweis für diese Behauptung gibt das konservative Blatt nicht und wird ihn auch wohl nicht geben können. Jedenfalls hat die deutsche Industrie ohne Unterchied ihre Pflicht getan. Eine Tatsache, die auch von zuständiger Stelle anerkannt wird. Es bleibt deshalb äußerst bedauerlich, daß ein konservatives Blatt in leichtfertiger Weise der Industrie Vorwürfe von solcher Bedeutung macht. Wir sind überzeugt, daß die Ausführungen des „Reichsbotes“ die Mißbilligung der weitesten Kreise der konservativen Partei finden.“

Der „Reichsbote“ wird nun wohl etwas deutlicher werden müssen; er wird offenbaren müssen, inwieweit die Kriegsindustrie ihre „volle Pflicht“ bei der Zeichnung der Kriegsanleihe nicht getan hat.

Geschmiert!

Schmiergeldgeber und Schmiergeldnehmer haben dem „Vereinsgegenwart“ das Bestechungswesen“ auch während der Kriegszeit zu schaffen gemacht. Auf seiner diesjährigen Hauptversammlung, die am 14. Oktober in Berlin stattfand, erfuhr man

darüber allerlei aus dem vom Generalsekretär erstatteten Jahresbericht.

Die Tätigkeit des Vereins erstreckt sich über das ganze Reich. In 10 Strafprozessen des letzten Jahres, zu deren Durchführung das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb eine Handhabe bot, wurden 17 Personen verurteilt. Der Verein hat bisher im ganzen 72 Personen — Schmierer und Geschmierte — zur Verurteilung gebracht, wobei in 6 Fällen auf Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr und im übrigen auf Geldstrafen von zusammen rund 29 000 M. erkannt wurde. Bei 32 der bisher verurteilten Angestellten ließ sich die Höhe der Schmiergelder ermitteln, so daß ein Betrag von zusammen 38 465 M. für den Staat beschlagnahmt werden konnte.

Die Bestechungen sind besonders arg im Baugewerbe, wo man die kausalen Architekten mit in der Regel 10 Proz. der Angebotspreise zu schmierern sucht. Das Schmiergeld dient hier nicht nur zur Erlangung von Aufträgen, sondern auch zur Unterdrückung ungewünschter Bemängelungen. Auch technische und chemische Betriebe sind unter den Schmiergeldspendern stark vertreten. Eine zur Verantwortung gezogene Firma hat vor mehreren Jahren erklärt, daß in diesem Industriezweig ohne „Trinkgelder“ nichts zu machen sei. Indem sie selber nach diesem Grundsatz ihr Geschäft betrieb, gab sie pro Jahr 24 000 M. für Schmierkosten aus. Vor Gericht entschuldigend sich Schmierer und Geschmierte immer wieder damit, daß „Provisionen“ allgemein üblich sind und selbst große Geschäfte keine Ausnahme bilden. Der Bericht sprach unter anderem von einer „großen Elektrizitätsgesellschaft“, zu deren Gunsten aus einem ihrer auswärtigen Installationsbüros zweimal versucht worden sei, einen kausalen Architekten zu bestechen. Auch gegen Schmiergelder im Verdigungswesen, die man Angestellten und Beamten von Krankenhäusern, Ständesämtern, Polizeiamtern und Friedhöfen für rasche Werdung von Todesfällen anbietet, kämpft der Verein. Gegen eine Firma, die das in 45 Fällen getan hat, schwebt ein Strafverfahren.

Eingehende Angaben machte der Jahresbericht über eine sehr ausgiebige Schmiererei, die in einer der Kriegswirtschafts-Gesellschaften getrieben worden sein soll. Es handelt sich um die Kriegs-Lederallianzgesellschaft, deren Aufgabe die Beschlagnahme sämtlicher Häute und Gerbstoffe und die Zuteilung an die Gerbereien und Lederfabriken ist. Unter den hierzu Angestellten Fachleuten aus den Kreisen der Lederkommissionäre soll einer es fertig gebracht haben, in dieser Vertrauensstellung während seiner 1 1/2 Jahr dauernden Tätigkeit von Anfang 1915 bis März 1916 nicht weniger als 210 000 Mark Schmiergelder einzunehmen. Er habe — behauptet der Bericht, dem wir die Verantwortung für alle diese Angaben überlassen müssen — bei der Zuteilung von Häuten und Gerbstoffen 28 Lederfabriken bevorzugt, wofür diese ihm durchschnittlich 1 Proz. ihres mit der Kriegs-Lederallianzgesellschaft erreichten Umsatzes gezahlt haben sollen. Der betreffende Angestellte habe die Bestatigungen und Bevorzugungen schmierender Firmen sogar in völlig geschäftsmäßiger Weise durch seine eigene vorher sehr bescheidene Lederkommissionsfirma bearbeiten lassen. Diese habe schon in den ersten Monaten seiner für die Kriegs-Lederallianzgesellschaft ausgeübten Tätigkeit an eine Lederfabrik geschrieben: „Liebe erweckte Gengenliebe“, und habe später einer anderen Lederfabrik mit Bezug auf die gewünschte Warenzuteilung ganz offen erklärt: „Für unsere Bemühungen berechnen wir 1 Prozent und dürfen Sie überzeugt sein, daß wir Ihr Interesse nach jeder Richtung hin wahrnehmen.“ Starke Erregung habe sich der nicht begünstigten Firmen bemächtigt, aber mangels festerer Beweise habe man schweigen müssen. Der Verein hat schließlich gegen 28 Lederfabriken Strafantrag gestellt.

Nach Mitteilungen, die neuerdings gemacht worden, hat das Kriegsministerium vor einiger Zeit selbst den oben geschilderten Fall der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übermittelt.

Forderungen der Staatsarbeiter.

Der Bund deutscher Telegraphenarbeiter fordert für seine Mitglieder eine anderweite Festsetzung der Löhne und führt zur Begründung aus:

„Die Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker sind derzeit ganz einfach außerstande, sich auch nur die ihnen durch die Nationalisierung zugeteilten bescheidenen Rationen an Fleisch und den sonstigen zur Erhaltung ihrer Dienstfähigkeit und der Gesundheit von Weib und Kind notwendigen Nahrungsmitteln zu beschaffen. Das Mißverhältnis zwischen den Preisen dieser Dinge und den seitens der Reichs-Postbehörde gezahlten Löhnen schlägt dies schließlich doch aus!“

Zu den an sich recht niedrigen Löhnen sind „widerrufflich und längstens für die Dauer des Krieges“ Zuschläge bewilligt worden, und zwar für Unberufene 20 Pf. pro Tag, für Berufene ohne Kinder 30 Pf. pro Tag! Sind Kinder vorhanden, dann werden, abgesehen nach der Zahl der Kinder, Zuschläge von 5 bis 11 Pf. pro Kind und Tag gegeben. — Doch man mit einer derartigen Entlohnung bei den heutigen Lebensmittelpreisen eine Familie nicht mehr ernähren kann, bedarf wohl nicht erst eines besonderen Beweises. In der gleichen Lage befindet sich aber das ganze Heer der Reichs- und Staatsangestellten. Die Pflicht des Reiches ist es, hier unter allen Umständen helfend eingzugreifen, und zwar so rasch als möglich.“

Staatliche Kohlenversorgung in Sachsen.

Ein von sämtlichen Fraktionen der Zweiten sächsischen Ständekammer im Landtage eingebrachter Antrag, der von den Fraktionsvorsitzenden Hofmann (L.), Götter (natl.), Wänker (fortsch. Wp.) und Häßdorf (Soz.) unterzeichnet ist, erucht die Staatsregierung, umgehend einen Bescheid an die Stände zu bringen, durch welche das ausschließliche Recht des Staates eingeführt wird, Kohlen aufzujuchen und, soweit der Abbau noch nicht begonnen hat, zu gewinnen und zwar unter Wahrung der berechtigten Interessen der Grundbesitzer und unter Vermeidung aller spekulativer Rechtsgründungen, diesem Bescheid auch rückwirkende Kraft vom 8. Oktober 1916 an zu geben.

Letzte Nachrichten.

Einstellung der italienischen Segelschiffahrt.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Lugano, der italienische Ministerrat hat den Verkehrsminister ermächtigt, wegen der Tauchbootgefahr die Segelschiffahrt im Mittelmeer ganz oder teilweise einzustellen.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 19. Oktober. (B. Z. B.) Dem „Handelsblad“ wird aus Hollandisch-Indien gemeldet: Nach offiziellen Mitteilungen kam es in den Tagen vom 6. bis zum 8. Oktober zu Kämpfen zwischen einer holländischen Truppenkolonne und Aufständischen im Gebiet von Ajer Ditam. Der Feind hatte fünf Tote. Die Lage im Bezirke Remajaeng wird als günstig geschildert. Es wurden dort mehrere Personen verhaftet. In der Tabistrecke sind 12 Ausländische getötet worden.

Caag, 19. Oktober. (B. Z. B.) Amlich wird berichtet, daß in Rawas die Ruhe wiederhergestellt ist. Bei einem Angriff auf die Abteilung, die in Padöa am Tambesi stationierte, sind sechs Ausländische gefallen.

Bewerkschaftliches.

Das Nachbäckverbot.

In einer vom Bäckerverband einberufenen öffentlichen Versammlung, die am Mittwochabend in den „Arminhallen“ tagte, schilderte der Referent H e y s o l d wie der Verband für die dauernde Beseitigung der Nacharbeit gewirkt hat. Er zeigte, daß auch die Haltung der Regierung zu der Erwartung berechnete, die Nacharbeit der Bäcker werde durch Gesetz dauernd abgeschafft werden. Doch dann — so führte der Redner weiter aus — arbeiteten die Führer der Bäckermeister auf die Wiedereinführung der Nacharbeit nach dem Kriege hin und die Erwartungen der Gegner der Nacharbeit sind bis jetzt unerfüllt geblieben. Die Führer der Meister behaupteten, die im Felde stehenden Angehörigen des Bäckergewerbes seien für die Wiedereinführung der Nacharbeit. Die Erhebung, welche wegen dieser Frage unter den Kriegsteilnehmern des Bäckergewerbes vorgenommen wurde, hat bewiesen, was die Verbandsleitung von jeher behauptet hat. Nur eine verschwindende, kaum nennenswerte Minderheit — von den Meistern kaum ein Prozent und von den Gesellen wenig über ein halb Prozent — hat sich für die Wiedereinführung der Nacharbeit erklärt. Man kann also sagen: Das gesamte Bäckergewerbe ist für die dauernde Beseitigung der Nacharbeit. Hiernach darf wohl erwartet werden, daß die Regierung den rückschrittlichen Elementen im Bäckergewerbe nicht mehr Rechnung trägt, sondern möglichst bald ein Gesetz vorlegt, welches die Nacharbeit, diese Feindin des Bäckergewerbes, für alle Zeit beseitigt.

Einstimmig wurde die folgende Resolution angenommen: Die Versammlung nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der an Einmütigkeit grenzenden Willenserklärung unserer Kriegsteilnehmer zugunsten eines baldigst zu schaffenden Gesetzes, das die Nacharbeit im Bäckergewerbe völlig und dauernd beseitigt.

Die Versammelten senden ihren Kollegen im Waffenrod brüderliche Grüße und tiefempfundene Friedenswünsche ins Feld. Mit dieser Kundgebung ist den Gegnern der Tagesarbeit der letzte Einwand entzogen, auf den sie sich bei ihrer Verschleppungstaktik gegenüber dem von der Regierung geplanten Gesetz stützten.

Die Versammelten erlauben daher — angesichts des fast einstimmigen Wunsches der Kriegsteilnehmer des Bäckergewerbes — die Regierung dringend, die Einbringung des Gesetzes an Bundesrat und Reichstag tunlichst zu beschleunigen.

Eine Verzögerung des Gesetzes bis nach Friedensschluß birgt die größten Gefahren in sich, auf welche hinzuweisen die Versammlung für ihre Pflicht hält:

1. Bei der Unsicherheit darüber, ob das Gesetz überhaupt kommt, können es die Arbeitgeber nicht wagen, ihre Betriebe zu vergrößern.
2. Es können (wenn die Millionen Kriegsteilnehmer — die die besten Brotkonsumenten sind und bisher von den Militärbäckereien ernährt wurden — aus dem Felde bei Friedensschluß zurückkehren und wieder von den Privatbäckereien ernährt werden sollen) die vorhandenen Betriebsräume und Betriebsmittel bei der jetzt erlaubten Betriebszeit von 12 Stunden zur Ernährung der dann wieder vollzähligen Gesamtbevölkerung bei weitem nicht ausreichen.
3. Es kann dadurch bei Friedensschluß einerseits den Kriegsteilnehmern aus dem Bäckergewerbe Arbeitsgelegenheit im normalen Umfang nicht verschafft werden, andererseits müßte ein Brotmangel die voranschreitende unabweisliche Folge sein. Diese Gefahren müßten dann die Behörden zwingen, die bestehende Bundesratsverordnung außer Kraft zu setzen und die, der erwiderten Mehrheit unserer Berufsgenossen, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, vor allen aber unseren Kriegsteilnehmern so verachtete Nacharbeit wieder zur Einführung zu bringen.

Diese drohende Gefahr für das winzige Stücker Sozialpolitik, das man Nachbäckverbot nennt, das aber eine Lebensfrage für den ganzen Beruf und seine Zukunft ist, kann nur durch baldige Gesetzgebung der Tagesarbeit in dem geplanten Sinne abgewendet werden.

Die Nacharbeit ist der Feind des Gesamterwerbes. Unseren Brüdern im Felde geloben die Versammelten, daß sie sich für ihre und unsere Ideale mit allen gesetzlichen Mitteln einsetzen werden.

Berlin und Umgegend.

Die Teuerungszulage und die Mohrleger.

Mit der Frage einer weiteren Teuerungszulage für Mohrleger und Helfer beschäftigte sich abends am Dienstag eine gutbesuchte Branchenversammlung. Die Mohrleger und Helfer hatten seinerzeit durch Anrufung der Schlichtungskommission eine Teuerungszulage von 10 1/2 Pf. erlangt, die unter gewissen Voraussetzungen vom 10. Juli gezahlt wurde und Geltung haben sollte bis zum 15. Oktober. Nun hat am Sonntag, den 8. Oktober, eine Branchenversammlung beschlossen, zu fordern, daß jene Teuerungszulage um weitere 10 Pf. pro Stunde erhöht werde. Weiter sollte auf die Landzulage eine Teuerungszulage von 1,50 M. pro Tag verlangt werden, so daß also die Landzulage pro Tag 5 M. betragen soll. Ferner sollte die Lieferung von Seife geregelt werden.

Selt jener beschlußfassenden Versammlung haben sich nun die Schlichtungskommission und die Vereinigung der Arbeitgeber mit den Forderungen beschäftigt.

Darüber berichtet jetzt S t e r i n g. Die Unternehmervertreter in der Schlichtungskommission erklärten anfänglich, eine Erhöhung der Teuerungszulage sei nicht erforderlich, weil die Lebensmittel nicht mehr teurer geworden seien. Sie wurden jedoch von den Arbeitnehmern eines Besseren belehrt. Nach gesonderter Beratung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie nach weiterer Verhandlung machten die Vertreter der Arbeitgeber als endgültigen Gegenvorschlag den, daß sofort mit Geltung bis zum 1. Januar die Teuerungszulage um 3 1/2 Pf. pro Stunde zu erhöhen sei und vom 1. Januar ab bis zum Ablauf des Tarifs am 31. März 1917 um weitere 2 1/2 Pfennig.

Die Arbeitgebervertreter in der Schlichtungskommission blieben dabei, daß die Teuerungszulage sofort um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen sei, und zwar mit der Mahgabe, daß vom 1. Januar ab bis zum Ende des Tarifs am 31. März 1917 eine weitere Erhöhung um 5 Pf. pro Stunde eintrete.

Ein Resultat kam nicht heraus. Die Unternehmer in der Schlichtungskommission blieben bei ihrem Vorschlag, und die Arbeitgebervereinigung hat sich dem angeschlossen.

Hinsichtlich der Erhöhung der Landzulage stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß man darauf nicht eingehen, sondern die Festlegung einer höheren Landzulage der freien Vereinbarung überlasse.

Die Seifenfrage wurde durch eine Vereinbarung dahin erledigt, daß Seife oder Seifenersatzmittel von den Unternehmern geliefert werden, und daß dort, wo es nicht geschieht, jedem Mohrleger und jedem Helfer pro Woche 20 Pf. Entschädigung zu zahlen sind.

Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der sich alle Redner gegen den Vorschlag der Unternehmer ausgesprochen und in der betont wurde, daß an der Forderung festgehalten werden müßte.

Die Versammlung lehnte einstimmig den Vorschlag der Unternehmer ab und beschloß, festzuhalten an der Forderung einer weiteren Teuerungszulage von 10 Pf., die vom 1. Januar ab bis zum 31. März 1917 um weitere 5 Pf. zu erhöhen sei. Eventuell will man auch mit 10 Pf. ohne jede Fristsetzung einverstanden sein. — Ueber die Landzulage wurde kein Beschluß gefaßt. — Eventuell wird sich das Einigungsamt mit der Teuerungszulage zu beschäftigen haben.

Schließlich wurde noch folgende Resolution angenommen: Die Versammlung mißbilligt die Art und Weise der Vergütung der Arbeiter für die Heiz- und Warmwasseranlage in Tempelhof seitens der Konsumgenossenschaft. Die Versammlung betrachtet die Vergütung der Arbeiter an die Firma Dörfel in Kirchberg i. S. nicht im Interesse der Berliner Arbeiter liegend, die jedenfalls darauf Anspruch haben, daß ihre gewerkschaftlichen Erzeugnisse nicht durch eine Arbeiter-Konsumgenossenschaft in Frage gestellt werden. Die Agitationskommission wird beauftragt, die Firma Dörfel genau zu kontrollieren."

Ausland.

Beschwerderecht in den militärischen Betrieben Österreichs.

Wie der österreichische „Metallarbeiter" meldet, hat das Kriegsministerium bezüglich der bei den Beschwerdestellen einzubringenden Beschwerden eine neue Verfügung getroffen, wonach alle Beschwerden, bevor sie bei der Beschwerdestelle eingebracht werden, erst dem militärischen Leiter des Betriebes im Wege des Rapport vorgetragen werden müssen. Der überwachende Offizier hat die Aufgabe, die Beschwerde zu prüfen und — wenn irgendwie möglich — dieselbe zu erledigen. Erst dann, wenn eine Einigung zwischen dem Unternehmer und Arbeiter nicht möglich ist, soll der Arbeiter an die Beschwerdestelle verwiesen werden. (z)

Neue Streikbewegung in Dublin.

In Dublin streikten 250 Arbeiter der Gasfabrik. Die übrigen haben ebenfalls den Arbeitsvertrag gekündigt und die Transportarbeiter drohen mit einem Sympathiestreik, falls die Forderungen der Ausständigen nicht bewilligt werden.

Aus der Partei.

Das Begräbnis Adolf Hofrichters.

Es regnete in Strömen, als man Mittwoch nachmittag Adolf Hofrichter auf dem Friedhofe in Köln bestattete. Doch die Kölner Genossen und Genossinnen hatten sich nicht abschrecken lassen, ihrem Vorläufer das letzte Geleit zu geben. Ein unabsehbarer Zug bewegte sich von der Leichenhalle der Lindenburg, des städtischen Krankenhauses, bis zum Friedhofe. Einem engeren Kreise von Deputierten war es noch vergönnt, dem ausgefahrenen Freund ein letztes Lebenswort zu sagen. Zahllose Kränze wurden dem Zug vorgetragen; aus dem ganzen Gebiet der oberen Rheinprovinz waren Abordnungen eingetroffen. Die Stadt Köln vertrat Oberbürgermeister Wallraf und Erster Beigeordneter Adenauer. Am Grabe sprachen, während sich bereits die Dämmerung herabsenkte, P o l k e n b u r h für den Parteivorstand und die Fraktion, D i t t m a n n für die Arbeitsgemeinschaft, S o l l m a n n für den Kölner Sozialdemokratischen Verein, G i e l s b a c h für die „Rheinische Zeitung". Von den Reichstagsabgeordneten geleiteten H o c h, G a b e r l a n d, K ö n i g, A n t r i e d, W e n d e r ihren Kollegen auf dem letzten Gange. In allen Ansprachen rühmte man den unermüdeten Kämpfer, den aufrichtigen Freund; Kranz auf Kranz häufte sich neben der offenen Gruft. Trotz des strömenden Regens harrten Tausende bei der Kundgebung am Grabe aus und schieden mit dem Gelübde, die Lebensarbeit ihres vorbildlichen Führers Adolf Hofrichter zu vollenden.

Die Polizei hatte das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen ausdrücklich genehmigt. Am kommenden Sonntag wird noch eine große Trauerfeier im altberühmten Gürzenich-Saal stattfinden.

Aus der Parteipresse.

In die Redaktion des „Vraunschweiger Volksfreund" tritt, wie die „Rheinische Arbeiterzeitung" mitteilt, der Redakteur Karl Winter ein, der zuvor in Neuss und dann bis zu dem Duisburger Pressenotstand in Duisburg tätig war. Winter soll den Genossen Sepp Derter ersetzen, der an der Vertretung des eingezogenen Genossen Thalheimer zurzeit behindert ist. Winter gibt in Duisburg ein „Sozialdemokratisches Propagandaorgan für Rheinland-Westfalen" heraus, das den Titel „Der Kampf" führt. In diesem bekämpfte er nicht nur die sozialdemokratische Parteimehrheit in schärfster Weise, sondern er lehnte auch die Politik der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" als ganz ungenügend ab. In der Nummer des „Kampf" vom 30. September 1916 ist in einem Artikel über die sozialdemokratische Reichskonferenz u. a. dieses zu lesen:

„Von einer Reorientierung im sozialistischen Sinne kann keine Rede sein. Höchstens zeigte die Reichskonferenz, wie vollständig zerfahren die sozialdemokratische Partei ist und wie den Hoase und Ledebour alles fehlt, um den verfahrenen Karren aus dem Sumpfe herauszuziehen. Für sie ist die Zeit des Verschleierns und Verhüllens nicht vorbei, sondern sie hat erst begonnen. Durch die Fortsetzung dieser Verschleierung und Vertuschungstaktik hoffen sie die Institutionen der Partei, den Verwaltungsapparat und die Presse zu lapern, um dann an Stelle der heutigen Parteibureaucratie, die zum Troste der Ebert, Legien und Scheidemann gehört, eine Parteibureaucratie zu setzen, die auf Dittmann, Hoase und Ledebour schmedet. Für die Arbeiterchaft würde dieser Tausch weiter nichts bedeuten, als daß sie vom Regen in die Traufe läme. ..."

Die Spaltung der schweizerischen Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus der Schweiz: Die Spaltungsbewegung des Grütlivereins mit seinem neuen unterirdischen Zentralkomitee an der Spitze ist nun auf der ganzen Linie in vollem Gange. Sektionen des Grütlivereins treten aus der sozialdemokratischen Partei aus und umgekehrt verlassen Grütlisektionen ihren Zentralverband, um nur noch Sektionen der sozialdemokratischen Partei zu sein. Dabei geht es nicht ohne Schwierigkeiten ab, da gestiftet auf eine dahingehende Bestimmung des Zentralstatuts das Zentralkomitee die Auslieferung aller vorhandenen Vermögens der aufgelösten Sektionen verlangt. Beschlässe solcher aufgelösten Sektionen, das Vermögen der sozialdemokratischen Organisation zu übergeben, werden vom Zentralkomitee nicht anerkannt und dagegen Polizei und Gerichte mobilgemacht. Ein gutes Wort des Genossen G r e u l i c h zur Verödung und zum Frieden im Interesse der Einheit der Partei und der Arbeiterbewegung wird vom Zentralkomitee öffentlich als „Demagogie" bezeichnet.

Am 22. Oktober hält der Grütliverein in Zug seine ordentliche Delegiertenversammlung ab, die sich unter anderem mit der Militärfrage und dem Programm des schweizerischen Grütlivereins beschäftigt wird. Der Grütliverein Wiedikon-Färsch befragt die Ergreifung einer Initiative für die Einführung des eigenständigen Getreide- und Kartoffelmonopols als dauernde Einrichtung und das Zentralkomitee erklärt seine Zustimmung, was die vollständige Selbständigmachung und Loslösung von der sozialdemokratischen Partei und die Proklamierung der neuen „Grütliverein-Partei" bedeutet. Ihr Programm veröffentlicht der „Grütliverein", der noch immer Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei ist, ebenfalls und es deckt sich in der Hauptsache mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. Im Schlußsatz kündigt es „dogmatischen und doktrinen Bestrebungen" den Kampf an, womit es „der gesamten sozialdemokratischen Bestrebungen den besten Dienst erweisen" werde.

Eine ganze Anzahl weiterer Sektionsanträge betreffen die Herstellung der Parteieinheit, doch beantragt das Zentralkomitee dazu kurz und summarisch die Ablehnung aller dieser Anträge; es will einfach seine eigene Partei haben. Man darf also den Beschläffen der Zuger Delegiertenversammlung mit gespanntem Interesse entgegensehen.

Die sozialdemokratische Parteileitung ist nach wie vor zu Unterhandlungen und zur Verständigung mit dem Grütliverein über die Parteieinheit bereit.

Aus Industrie und Handel.

Ein Gesetz über Aurofestsetzung.

Amlich, Berlin, 19. Oktober. (B. T. Z.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere zugestimmt. Dem Bundesrat soll die Befugnis übertragen werden, für die Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegsteuer die Kurse der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere auf den 31. Dezember 1916 festzusetzen. Weiter soll der Reichslangler ermächtigt werden, die Kurse vorläufig festzusetzen und die vorläufig festgesetzten Kurse bekanntzumachen. Weicht die endgültige Festsetzung durch den Bundesrat von der vorläufigen Festsetzung ab, so ist die Abweichung bis spätestens zum 15. Januar 1917 bekanntzumachen.

Gleichaufsahr von Australien nach England.

Die „Financial News" vom 6. September melden, betrug laut „Adelaide Register" die Ausfuhr von Gefrierfleisch vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 nur ein Fünftel des Jahres vorher und war seit dem Jahre 1904/05 noch nie so gering. Große Dürre hatte enorme Verluste im Viehbestande verursacht.

Der normale Bestand an Schafen war sonst	88 889 000
jetzt nur	61 506 000
Demnach Verlust an Schafen	27 383 000
Der normale Bestand an Rindvieh war sonst	11 235 000
jetzt nur	8 129 000
Demnach Verlust an Rindvieh	3 106 000

Aus einer beigefügten Tabelle ist ersichtlich, daß im ganzen im letzten Berichtsjahre der Ausfuhrausfall an Hammelfleisch 81 Proz., Lammfleisch 78 Proz., Rindfleisch 65 Proz. beträgt. Während sonst im Januar, Februar und März die größte Ausfuhr stattfand, wurde in diesem Jahre während dieser Zeit nicht ein Tier für die Ausfuhr eingefahren.

Der hohe Fleischpreis in England erklärt sich daher durch geringen Viehbestand und mangelnde Zufuhren, durch ungenügenden Schiffsraum.

Gerichtszeitung.

Beleidigung.

Wegen einer Beleidigung des Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts, Magistratsrat Dr. Depène, stand gestern der Handlungsgehilfe Eduard Schliwa vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte hatte gegen seinen Arbeitgeber eine Klage angehängt, die vor dem Kaufmannsgericht unter Vorsitz des Dr. Depène verhandelt wurde und zugunsten des Angeklagten ausfiel. Hierüber empört, machte er eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft und beschuldigte Herrn Dr. D. der Beleidigung. Diese Anzeige hatte keinen Erfolg, ebensowenig die dagegen eingelegte Beschwerde. In der Eingabe waren nun aber schwere Beleidigungen gegen den Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts enthalten. Es hieß darunter u. a.: Die Verhandlung sei unter aller Kanone gewesen, im Polizeistunde geführt und völlig über's Knie gebrochen worden. Ferner wurde dem Vorsitzenden Fälschung des Tatbestandes, böswillige Erfindung usw. vorgeworfen. Wegen dieser Beleidigungen übersandte der Staatsanwalt das Aktenmaterial dem Magistrat, was zur Folge hatte, daß der Oberbürgermeister den Straf Antrag stellte. Das Schöffengericht hatte dem Angeklagten zwar zugestanden, daß er sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe, aber die Schutzgrenzen des § 193 Str.G. doch für weit überschritten erachtet. Er wurde vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Druckereien und Belagerungszustand.

Im Dezember 1914 hatte der Kommandeur des 4. Armeekorps (Magdeburg) einen Befehl erlassen, der die Anfertigung von Druckschriften ohne polizeiliche Genehmigung untersagte. Dieser Befehl enthielt keine Strafbestimmung. Im Februar 1915 wurde ein mit Strafbestimmung versehenen Befehl des gleichen Armeekorps erlassen, wonach die Verbreitung von Druckschriften unter Strafe gestellt wurde. In diesem Jahre nahm die Halleische Genossenschaftsbuchdruckerei einen Druckauftrag entgegen, der ihr von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft übermittelte wurde. Es handelte sich um einen Rechenschaftsbericht mit dem Titel „Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft". Der Bericht sollte in 50 000 Exemplaren herauskommen. Die Sendung wurde beschlagnahmt und der Geschäftsführer mußte sich wegen Vergehens gegen das Verbot und Vergehens gegen die eingangs erwähnten Bestimmungen vor dem Halleischen Schöffengericht verantworten. Den tatsächlichen Sachverhalt gab der Angeklagte ohne weiteres zu.

Der Staatsanwalt hielt als Vergehungen für erwiesen, daß sich der Angeklagte dem Verbot gegenüber dadurch strafbar gemacht habe, daß er keinen Drucker und Druckort angegeben habe. Außerdem hätte keine polizeiliche Erlaubnis vorgelegen. Zweifellos liege auch eine Verbreitung vor, weil der Angeklagte schon mit dem Versand begonnen habe. Er nehme jedoch nur eine einseitige Handlung an und beantrage unter Annahme milderer Umstände fünfzig Mark Geldstrafe. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Naase führte aus, daß der Korpsbefehl vom Dezember 1914 rechtsunzulässig sei, da er gegen die Form verstöße. Er sei ohne Strafbestimmung erlassen. Was die Verletzung des zweiten Korpsbefehls betreffe, so könne auch nicht von einer Verletzung desselben die Rede sein, da der Angeklagte die Druckschrift nicht verbreitet habe. Doch wenn hier ein Verstoß gefunden werde, bitte er um milde Strafe. — Das Schöffengericht nahm mit dem Verteidiger an, daß der Korpsbefehl vom Dezember 1914 unzulässig ist. Im übrigen liege ein geringfügiger Verstoß vor, der mit 50 M. ausreichend geahndet sei. (z)

Eine Doktorfrage.

Das Urteil des Landgerichts Chemnitz erreichte seinerzeit erhebliches Aufsehen, das den Grundsatze aufstellte, ein Gewerbetreibender müsse das sächsische Amtsblatt, und zwar sofort nach seinem Erscheinen, lesen. Unterlasse er das, so handle er fahrlässig. Von diesen irrigen Voraussetzungen ausgehend, verurteilte das Chemnitzer Landgericht einen Käsehändler, der am 14. März des 22. Januar Käse über den Höchstpreis verkauft hatte, den der Bundesrat festgesetzt und den am 10. März des 22. Januar das sächsische Amtsblatt bekanntgemacht hatte. Das Oberlandesgericht Dresden hob das verurteilende Erkenntnis wegen des Rechtsirrtums über die Pflicht, Amtsblätter zu lesen, auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. Dieses gelangte jetzt zu einem überraschenden Urteil. Es verurteilte den Angeklagten nun wegen vorsätzlicher Ueberschreitung der Höchstpreise. Das Landgericht führte aus: Die am 13. Januar erlassene und am 15. Januar im „Reichsanzeiger", am 22. Januar in Chemnitz veröffentlichte Bundesratsverordnung sei auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassen worden und habe deshalb strafrechtlichen Inhalt. Die Bestimmungen der Verordnung im „Reichsanzeiger", also vom 15. Januar 1916 ab, gegen jedermann Gesetzeskraft und ein jeder müsse dieselben gegen sich gelten lassen. Hierbei könne die Frage, ob die Interessenten die Bestimmungen gelesen hätten oder nicht, keine Berücksichtigung finden.

Gegen dieses Urteil wird Revision eingelegt werden.

Chronik des Weltkrieges.

20. Oktober 1914.

Der Kampf an der Iser lobt weiter. Westlich Oise wurden etwa 2000 Engländer gefangen genommen. Japan besetzt die Marshall-, Marianen- und Karolinen-Inseln.

20. Oktober 1915.

Das Vordringen in Serbien hält weiter an. In Tirol, den Dolomiten und an der übrigen Südwestfront schwere Kämpfe.

Der Entwicklungsgang des deutschen Parlamentarismus

Von Georg Ledebour.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom 18. Oktober einen „Rückblick auf die Reichstagsverhandlungen“, der durch seine einseitige Darstellung zugunsten der sozialdemokratischen Mehrheitsvertreter irreführend wirkt. Selbst der freisinnige Abgeordnete Raumann kommt in der Würdigung der Debatte über die Reichs-Kriegsleihe besser weg als der Genosse Haase, der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Es mag hier genügen, das festzustellen. Was aber eine sofortige Widerlegung herausfordert, ist die Einseitigkeit dieses Artikels, die in der Ausdehnung der Kommissionsverhandlungen auf Kosten der Plenarsitzungen eine Verstäkung des Parlamentarismus erblickt.

Der Verfasser des Artikels gibt zwar zu, es sei ein Nachteil der Kommissionsverhandlungen, daß sie sich mehr oder weniger der öffentlichen Kontrolle entziehen, nimmt diesen Einwand aber völlig auf die leichte Achsel, indem er sein Urteil in den Worten zusammenfaßt:

„Das Schwergewicht des Parlamentarismus verschiebt sich aus den Plenarverhandlungen immer mehr in die Kommissionsverhandlungen. Diese Tendenz hat zweifellos ihr Liebes, aber sie ist darum doch nicht als eine Rückwärtsbewegung des Parlamentarismus anzusehen, sondern im Gegenteil als eine Tendenz zur Verstäkung des parlamentarischen Lebens in Deutschland. Solange der Parlamentarismus hauptsächlich in dekorativen Reden besteht, werden die Plenarsitzungen die Hauptsache. Sobald sich aber der Parlamentarismus mehr zur tätigen Mitverantwortung entwickelt, ist es mit einigen wohl vorbereiteten Reden vor der breiten Öffentlichkeit nicht getan; dann wird die engere Kommissionsberatung, in der wohlloser geredet und rascher und gründlicher gearbeitet werden kann, das entscheidende Arbeitsfeld.“

Dieses Urteil steht im auffälligen Widerspruch ebensowohl zu geschichtlichen Tatsachen wie zu der bisher von der Sozialdemokratie in Deutschland vertretenen Auffassung über Wesen und Aufgaben der parlamentarischen Tätigkeit.

Es ist eine merkwürdige Anpassung an das bürokratische Herabsetzungsgerede über parlamentarische Einrichtungen, wenn man behauptet, daß der Parlamentarismus bis vor kurzem hauptsächlich in dekorativen Reden bestanden hätte. Die wenigen „wohl vorbereiteten“ größeren Reden, wie sie, um nur einen Namen aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen, Genosse Bebel gehalten hat, waren keineswegs „dekorativ“; sie waren gewaltig wirkende Taten der Auffklärung für das Volk, die das Ansehen und den Einfluß der Sozialdemokratie und schließlich auch des Parlamentarismus erheblich förderten. Mit solchen einzelnen großen Reden war es aber im Reichstag niemals getan; sie wurden ergänzt durch lebendige, aus der Situation geborene Wechselreden, die das eigentliche Merkmal parlamentarischer Verhandlungen sind. An der Fähigkeit, eine solche Debatte schlüssig zu führen, mangelt es allerdings manchen Abgeordneten in betrüblicher Weise. Dieser Mangel ist aber kein Merkmal abgeklärter Reife, sondern der Unreife des parlamentarischen Lebens oder der ungenügenden Schulung des Volkvertreter, deren Betätigung im Parlament nur auf wohl vorbereitete, dekorative Reden gerichtet ist.

Es stellt die Dinge nun völlig auf den Kopf, wenn im „Vorwärts“-Artikel als allgemeiner Erfahrungssatz hingestellt wird, sobald der Parlamentarismus sich mehr zur tätigen Mitverantwortung entwickle, werde die engere Kommissionsberatung das entscheidende Arbeitsfeld. Das entscheidende Arbeitsfeld für den Abgeordneten muß stets die Plenarberatung sein, weil sie allein unter voller öffentlicher Kontrolle steht. Für die langwierigen Einzelredaktionen sind im Plenum die zweiten Lesungen sowohl der Gesetzentwürfe wie des Budgets vorgesehen. Die Kommissionsverhandlungen sollen diese Plenarverhandlungen nur vorbereiten, nicht sie ersetzen. Vermehren die zweiten Lesungen, indem ihre Tätigkeit mehr und mehr durch die Kommissionsverhandlung aufgegeben wird, wie das leider in Deutschland neuerdings der Fall ist, so kommt das nicht auf eine Förderung, sondern auf eine Schwächung des Parlamentarismus hinaus, der als Lebensatem der breitesten Öffentlichkeit bedarf. In den abgeschlossenen Kommissionsverhandlungen droht der Parlamentarismus schließlich zugrunde zu gehen, weil er so zu einem Anhängsel des Bürokratismus wird und das Vertrauen des Volkes verlieren muß, auf dem seine ganze Kraft beruht.

Vor einer Aufschaukung der Kommissionsverhandlungen unter Verkürzung der Plenarverhandlungen hat niemand eindringlicher und häufiger gewarnt als Genosse Bebel. Das scheint der parlamentarischen Autorität, die im „Vorwärts“ die Parteigenossen über das Wesen des Parlamentarismus zu belehren sucht, völlig unbekannt geblieben zu sein.

Wären die Behauptungen von der Stärkung des Parlamentarismus durch die Verlegung der Hauptarbeit in die Kommissionen richtig, so müßte das sich überall und jederzeit bewähren, so müßte es vor allem in England seine Probe bestanden haben; denn in England hat sich nun einmal der Parlamentarismus in jahrhundertelangen Kämpfen zur höchsten Reifevollkommenheit entwickelt; das dortige parlamentarische Leben hat deshalb allen anderen Ländern stets als Vorbild gegolten.

Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Engländer haben, durch die Erfahrung belehrt, dafür Sorge getragen, die Kommissionsverhandlungen möglichst einzuschränken und das Schwergewicht der parlamentarischen Tätigkeit stets in die Plenarsitzungen zu legen, vor allem, was den parlamentarischen Mitarbeiter des „Vorwärts“ daß in Erstaunen setzen dürfte, wird dort das Budget niemals in abgeschlossenen Kommissionsitzungen durchberaten, sondern nur in Plenarsitzungen unter Teilnahmeberechtigung aller Mitglieder des Hauses. Diese Sitzungen werden zwar

Kommissionen genannt, aber „Kommissionen des ganzen Hauses“. Sie entsprechen ihrem Charakter nach vollständig den zweiten Lesungen des deutschen Reichstags. Daß diese Einschränkung der Kommissionsitzungen in England, trotzdem sie zweifellos gewisse Nachteile hat, doch gerade im Interesse des Parlamentarismus auf Grund reiflicher Überlegung durchgeführt wird, darüber macht Professor Haischel in seinem „Deutschen Parlamentsrecht“ folgende interessante Ausführungen:

„Mit einem Wort, das Kommissionswert der englischen Ausschüsse außerhalb des „Hauses des ganzen Hauses“ ist recht minimal und dient nur für unbedeutende Besche; denn es gilt für die Auffassung des Engländers das, was Chamberlain in der Sitzung vom 21. März 1907 sagte: „Auf die Verhandlungen des ganzen Hauses konzentriert sich die Aufmerksamkeit des Landes in einem Maße, wie das niemals mit Kommissionsverhandlungen erreicht werden kann.“

So steht es also in Wirklichkeit: Ein harter Parlamentarismus hält die Kommissionsverhandlungen kurz, ein schwacher gibt ihnen mehr und mehr Raum und entfremdet sich dadurch seinem Nährboden, der allgemeinen Volksteilnahme, die nur in breiter Öffentlichkeit gedeihen kann.

Es ist deshalb auch völlig falsch, wenn in dem Artikel die Zustimmung zu den neu von der Budgetkommission geforderten Rechten, auch während der Reichstagsberatung zusammenzutreten, begründet wird mit dem Hinweis auf eine angebliche Tendenz, den Parlamentarismus durch Ausdehnung der Kommissionsverhandlungen zu stärken. Die Fortsetzung der Budgetkommission auch während der Beratung zusammenzutreten zu lassen, ist nur ein Kriegsnotbehelf, weil die Regierung und Reichstagsmehrheit besteht sind, den Reichstag in der Kriegszeit möglichst wenig tagen zu lassen. Da in den langen Zwischenzeiten zwischen den kurzen Tagungen sich jetzt häufig das Bedürfnis geltend gemacht hat, Aufklärung von der Regierung über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten einholen zu können, ist man auf die Ausnutzung des Kommissionsweges verfallen. Als Notbehelf kann man sie gelten lassen, sie darf aber keineswegs dazu ausgenutzt werden, die Plenarsitzungen noch mehr einzuschränken, nicht jetzt in der Kriegszeit und noch weniger in Friedenszeiten. Namens der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft habe ich in der Budgetkommission bereits erklärt, daß wir nur unter dieser Voraussetzung unsere Zustimmung geben und daß wir der Erwartung sind, wenn die Erprobung dieses Mittels zur Stärkung des Parlamentarismus sich als ungenügend herausgestellt hat, werde der Übergang zum wirklichen parlamentarischen Regierungssystem sich um so dringender geltend machen.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

Am Donnerstag wurde mit der Besprechung der Ernährungsfragen

begonnen. Zunächst erstreckte sich die Verhandlung auf das Kriegs-ernährungsamt, Beirat, Kriegsgesellschaften, innere Verkehrsbeschränkungen, Preisprüfungsstellen, Zucker, Straßen, Verteilung, künstlicher Dünger, Kali, Arbeitermangel, Wespamine, Pferdeaushebung, Statistik, Verhandlungsaufnahmen und sonstige Erhebungen.

Der Berichterstatter Graf v. Helldorf gab einen Überblick über die Reichsorganisationen auf diesem Gebiete. Er führte auch die Gehälter an, die in einem Teil dieser Organisationen bezahlt werden, da behauptet wurde, daß die Gehälter zu hoch seien. Klage sei auch darüber geführt worden, daß noch immer Ausfuhrverbote vorhanden seien. Ganz sei aber damit nicht aufzuräumen. Wenn bestimmte Bezirke einzelne Großstädte versorgen sollen, so müßte der Absatz der für diese Großstädte notwendigen Lebensmittel an andere Kreise verboten werden. — Eine Fülle von Strafbestimmungen sei erlassen worden. Trotzdem werde oft genug der wirkliche Zucker nicht oder nicht scharf genug getroffen. Auf der anderen Seite werden solche Handlungen, die nur fahrlässige Verstöße gegen die Vorschriften sind, viel zu hart bestraft. So seien in einzelnen Ortschaften fast alle Landwirte empfindlich bestraft worden, weil sie den Ertrag ihrer Grundstücke nicht richtig geschätzt hätten. Seit der Errichtung des Kriegs-ernährungsamts sei die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln immer mehr in die öffentliche Hand gekommen. Ob hierin zu viel oder zu wenig geschah sei, darüber gingen die Meinungen sehr auseinander.

Abg. v. Gamp beantragte, daß die Namen der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen nebst Alter, Religion und den von ihnen bezogenen Gehältern zusammengestellt und dem Ausschuss vorgelegt werden.

Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen wendeten sich dagegen, daß auch die Religion in diese Sache hineinbezogen werde.

Die Abg. Erberger, Giesberts, Dr. Köstler legten Wert darauf, daß die Religion angegeben werde. In der Bevölkerung sei die Meinung weit verbreitet, daß jetzt Juden und Sozialdemokraten den größten Einfluß auf die Regierung hätten. Diese Ansicht soll durch die Erhebung widerlegt werden.

Abg. Barm: Dann wäre es nötig, auch festzustellen, in welchen Beziehungen die Personen zu hohen einflussreichen Herren stehen, ob sie dem Adel angehören und welcher politischen Partei sie angehören.

Mehrere Regierungsvertreter haben dringend, die Angabe über die Religion wegzulassen. Zu befürchten sei, daß mehrere ganz besonders tüchtige und in jeder Beziehung adäquate Herren eher auf ihre Mitarbeit in den Kriegsgesellschaften verzichtet werden, als sich eine derartige Frage gefallen zu lassen.

Schließlich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen beschlossen, daß die Religion angegeben werden soll; abgelehnt wurde dagegen die Angabe von Namen, Stand und politischem Bekenntnis.

Der Präsident des Kriegs-ernährungsamts v. Batocki: Das Kriegs-ernährungsamt sei zu besonders ungünstiger Zeit errichtet worden. Die Not in der Ernährung war groß, es mußte sofort gehandelt werden. Dabei konnte nicht alles so genau geprüft werden, wie es notwendig gewesen wäre. Dadurch seien manche Mißgriffe zu erklären. Inzwischen sei aber die Organisation vollendet und es seien Vorlesungen getroffen, daß alles mit der nötigen Gründlichkeit erledigt werde. Demgemäß sei zu hoffen, daß die Schwierigkeiten, die jetzt noch aus der Organisation sich ergeben hatten, beseitigt seien und in Zukunft nicht mehr störend wirken würden. Meldungen mit anderen Reichsämtern seien nicht eingetreten. Auch mit der öffentlichen Meinung habe das Kriegs-ernährungsamt möglichst in Fühlung zu bleiben gesucht. Es sei geradezu erschreckend, wie groß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Unklarheit über die wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen sei. Im Frieden müsse es die Aufgabe der Regierung sein, in dieser Beziehung viel mehr aufklärend zu wirken, als es bisher geschehen sei. Darüber, ob die Zufuhr der nötigen Nahrungsmittel dem freien Verkehr überlassen bleiben soll oder durch Eingriffe der öffentlichen Verwaltung zu regeln sei, gingen die Meinungen sehr auseinander. Er sei aber doch durch die Erfahrungen in der Ueberzeugung bestärkt, daß es unerlässlich sei, während des Krieges die Nationalisierung der wichtigsten Lebensmittel durchzuführen, also diejenigen Maßnahmen zu treffen, die eine möglichst zweckmäßige Verteilung der vorhandenen

Nahrungsmittel sichern. Freilich müsse nach dem Kriege möglichst schnell wieder abgebaut und dem freien Handel ein größeres Spielraum eingeräumt werden. Die Höchstpreise hatten zu vielen Klagen Anlaß gegeben; die einen finden sie zu hoch, die anderen zu gering. Er sei der Meinung, daß zu niedrige Höchstpreise die Lebensmittel von derjenigen Städte betreffen, wo sie am notwendigsten sind. Denn es sei doch selbstverständlich, daß jeder seine Ware dort absetzen suche, wo er sie am besten verwerten könne. Auch Buhergesetze würden hier nur wenig nützen. Durch Zwang könne man zwar Fehler bestrafen, aber doch nicht das Gute erzwingen. Es sei erstaunlich, daß gerade diejenigen, die sonst gegen die Volkswirtschaft sind, in dieser Zeit und auf diesem Gebiet gar nicht genug Polizei haben könnten. Die Preise müßten sich dabei in einer mittleren Linie halten. Selbst dann, wenn die Preise durch den Gang der Entwicklung zu hoch geworden seien, würde ihre Herabsetzung leicht schlimme Folgen haben können. Immerhin werde er dahin streben, wo es irgend möglich sei, die Preise vorzüglich herunterzusetzen. Das gelte besonders auch für die Futtermittel, da hohe Preise für Futtermittel selbstverständlich die Grundlage bilden für die allgemeine Teuerung. Hohe Preise allein aber genügen natürlich nicht, es müßte damit verbunden sein die Beschlagnahme. Diese sei durchaus nicht bei allen Gegenständen durchführbar. Schon beim Fleisch sei es schwierig gewesen; auf Grund der Kundenlisten aber sei zu erwarten, daß hier die Verteilung im allgemeinen gut durchgeführt werden könne. Noch schwieriger sei die Beschlagnahme und Verteilung von Butter, Milch und Eiern. Er hoffe aber doch, daß auch diese allmählich befriedigend durchgeführt seien. Nur müsse man bedenken, daß für die meisten Maßnahmen die Zeit schon sehr vorgeschritten sei und deshalb die guten Wirkungen sich erst im nächsten Frühjahr einstellen werden. Eine Nationalisierung sei auch vorgesehen für Marmelade usw. und Suppenartikel. Ein ähnliches Vorgehen in bezug auf frische Fische sei schwer bedenklich infolge der leichten Verderblichkeit dieser Ware. In bezug auf die Organisation der Kriegsgesellschaften habe er sich bemüht, den Geschäftsgang möglichst zu vereinfachen und sachverständige Vertreter bei jeder Gelegenheit heranzuziehen. Auch müßte die Ansicht der größeren Bundesstaaten und der beteiligten Reichsämter gehört werden. Alle diese Arbeiten seien glatt konstatieren gegangen. Direkte Anweisungen an die einzelnen Behörden dagegen habe er möglichst vermieden, vielmehr den Weg durch die Landeszentralbehörden eingeschlagen, weil sonst leicht Verwirrung geschaffen werde. Auch in die städtische Selbstverwaltung eingegriffen, sei bedenklich. Diese würden die Stadtwaltungen als eine Zurücksetzung empfinden, und das würde das Zusammenarbeiten nur erschweren. Schließlich sei auch eine Regelung der Verhältnisse unter Einbeziehung der besetzten Gebiete in Aussicht genommen; bis Mitte November werde dies durchgeführt werden. Er lege Wert darauf, in der Kommission zu hören, ob die Parteien mit diesem Vorgehen im allgemeinen einverstanden sind oder grundsätzliche Änderungen wünschen.

Abg. Robert Schmidt (Soz.) weist namentlich auf die schwierigen Verhältnisse in der Versorgung mit Kartoffeln hin. Um so mehr sollten Teigwaren, Grüns und Kraut zurückgehalten werden, um sie der Bevölkerung dann in größeren Mengen zugehen zu lassen, wenn im Verbrauch der Kartoffeln weitere Einschränkungen sich als notwendig herausstellen. Zur Stredung des Brotes könnte die Gerste in weitem Maße verwendet werden. Dagegen müßten die Brauereien lange nicht diejenigen Mengen von Gerste zur Verfügung gestellt werden, wie es jetzt der Fall ist. Falch sei das Verfahren, durch möglichst hohe Preise die Zufuhr von Lebensmitteln an den Markt zu fördern. Die Erfahrungen gerade mit Kartoffeln und Wild haben gezeigt, daß das vollständig verfehlt ist. Wir sind allerdings gegen die Volkswirtschaft, wo sie nicht hingehört; so z. B. haben wir stets bekämpft, daß sich die Polizei in dem Maße, wie es geschieht, um die Politik kümmert. Aber auf dem Gebiete der Ernährung wie der Sozialpolitik müsse eingegriffen werden, weil sonst die Notstände immer ärger würden. Ohne Höchstpreise und ohne Beschlagnahme würden die Waren nur noch für die reichen Leute zu beschaffen sein. Das sehen wir ja bei dem Geflügel; ebenso beim Kakao. Dann hätten wir allerdings Einschränkungen, aber nur für die armen Leute, während die Reichen sich leisten könnten, was sie wollten. Im Beirat sei die Nationalisierung von Graupen, Grüns und Teigwaren wiederholt gefordert, allerdings aber nicht durchgeführt. Ebenso müßte beizeiten dafür gesorgt werden, daß die Bevölkerung die notwendige Menge von Marmelade bekomme. Die Herstellung von Spiritus müßte aufs äußerste eingeschränkt werden. Die hohen Höchstpreise müßten allmählich heruntergesetzt werden. In dieser Beziehung müßte viel stärker eingegriffen werden, namentlich bei den Futtermitteln. Während der Tätigkeit des Kriegs-ernährungsamts sei nur ganz ungenügend mit der Herabsetzung der Preise vorgegangen, während auf anderen Gebieten die Preise sogar gewaltig in die Höhe gegangen seien, so die Preise für Fleisch- und Seefische. Das sei jetzt so schlimm, daß nicht einmal Schellfische für ärmere Leute mehr erschwinglich seien. Ebenso steht es mit Käsewaren. Die Viehhändlerverbände seien viel zu hohe Gebühren zugestanden worden; ebenso hätte der Handel mit Gemüse usw. vollständig verjagt. Unter den jetzigen Verhältnissen hat der Handel kein Risiko zu tragen und arbeitet viel einfacher und muß deshalb auch billiger arbeiten können.

Präsident Batocki versprach, daß die Anregungen des Abg. Schmidt in vielen Punkten berücksichtigt werden sollen. Für Dagegen müßten in der Bewilligung von Waagen für besondere Ausnahmen gemacht werden, da in Bayern das Bier zu den Nahrungsmitteln gehöre. Die Schnapsbrennerei werde aufs äußerste eingeschränkt. Wenn die Preise für Kartoffeln niedriger wären, würde die Schwierigkeiten noch viel größer sein.

Abg. Götze (Sp.) schließt sich in vielen Punkten den Ausführungen des Abg. Schmidt an; nur ist er der Meinung, daß der Handel in zu weitem Maße ausgeschaltet sei. Es sollten die Organisationen des Großhandels viel mehr herangezogen werden. Wichtig sei es, daß die Entschädigung für die Großhändler herabgesetzt werden könne. Auf der anderen Seite wäre es aber zweckmäßig, den kleinen Geschäftsleuten höheren Verdienst einzuräumen, als es vielfach jetzt geschehen ist. — Abg. v. Gamp wünscht, daß die Landwirtschaftskammern mehr zu Rate gezogen werden. — Dr. Flegler (Z.) rügte es, daß das Kriegs-ernährungsamt sich nicht in genügendem Maße mit den Behörden in Bayern verständigt habe. Vielfach seien dort bereits Einrichtungen vorbereitet oder gar durchgeführt worden, die den Maßnahmen von Berlin ausweichen würden. — Abg. Hoff begründet einen fortgeschrittenen Antrag, das Kriegs-ernährungsamt aufzufordern, die menschliche Ernährung allen anderen Verwendungszwecken der Ernteprodukte voranzustellen. Es soll die Ernte für die menschliche Ernährung sichergestellt, die Viehhaltung den vorhandenen Futtermitteln angepaßt und die Viehpreise so geregelt werden, daß sie nicht einen Anreiz zur Verfertigung von Nahrungsmitteln geben; weitere Einschränkung des Brau- und Brennkontingents zwecks vermehrter Zuführung von Graupen, Grüns usw. zur menschlichen Ernährung.

Präsident Batocki tritt den Ausführungen des Vorredners zum Teil entgegen. — Abg. Böhm (natl.) legt die Gründe dar für einen langen national-liberalen Antrag, der ebenfalls verlangt, daß das Kontingent der Brennereien und Brauereien, sowie die Preise für Kartoffeltrockenfabrikate, Spiritus, Futtermittel und Ackerbohnen herabgesetzt und für Wintergemüse und Obst Höchstpreise festgelegt werden. Ferner verlangt der Antrag zwangsweisen Abschluß des Wildes zwecks Erhöhung der Fleischmengen für Schwärzbeiler; Herabsetzung der Höchstpreise für Wild; Schweineprämien für kleinere Viehhalter; rechtzeitige Maßnahmen, um beim Friedensschluß lebendes und totes Inventar der Heeresver-

Waltung der Landwirtschaft zu billigen Preisen zur Verfügung zu stellen; gleichmäßige Verteilung künstlichen Düngers durch die Gemeinden.

Abg. Köfliche (Bund der Landwirte) begründet folgenden Antrag:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß eine Zwangsaushebung von Weiden für die Heeresverwaltung während der Weidungszeit nicht stattfindet; daß in Abänderung der bestehenden Verordnung der Zuschlag zu den Friedenspreisen mit rückwirkender Kraft bis zum 30. August 1916 so hoch festgesetzt wird, daß der Hebernahmepreis den heutigen Preisen entspricht, daß im übrigen aber der Bedarf der Heeresverwaltung möglichst in freiem Verkauf gedeckt werde.

2. Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei den in verschiedenen Bundesstaaten errichteten Kriegswiederherstellungsämtern auch Vertreter des Kleinhandels und der Landwirtschaft sowohl in den Beiräten als auch in den Sachverständigenausschüssen berufen werden.

3. Den Reichskanzler zu ersuchen, in der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels hinzuzufügen: Der durch die unlauteren Wucherschaften erzielte übermäßige Gewinn verfällt der Staatskasse.

Im übrigen spricht sich der Redner ganz entschieden dagegen aus, daß die Preise für Kartoffeln heruntergesetzt werden und verlangt, daß die Schweinemästerei mit allen Mitteln gefördert werde. Er wendet sich dagegen, daß die Kriegsdämmer bei einigen Artikeln Abgaben erheben.

Nächste Sitzung: Freitag.

Der Uebergang zur Friedenswirtschaft.

Neber die vertraulichen Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe ist ein offizieller Bericht erschienen. Danach gab Staatssekretär Dr. Geffertich einen Ueberblick über die schädigenden Wirkungen des Krieges auf wirtschaftliche Gebiete. Auch menschliche Arbeit sei zerstört durch die Todesopfer des Krieges und durch die Verstrüppelungen, die der Volkswirtschaft Kräfte entziehen, und dabei sei noch zu bedenken, daß die noch vorhandenen Arbeitskräfte hauptsächlich für den Krieg und Kriegsarbeiten verwendet werden. In diesem Zusammenhang wies der Staatssekretär auf die gewaltige Zunahme der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte hin, die natürlich im Interesse unserer nationalen Zukunft so bald als möglich wieder zurückgehen müsse.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft soll unter staatlicher Führung erfolgen; deshalb ist ein Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft eingesetzt worden. Seine Hauptaufgabe wird sein die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft, die Beschaffung der notwendigen Arbeit, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte und die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeiterschutzgesetzgebung. Für das Kapital kommt besonders Ausnützung und Steigerung der Produktion und äußerste Sparsamkeit in Betracht, wie sie jetzt schon während des Krieges geübt wird. Rückbildung des Kapitals für Friedenszwecke, Kreditbeschaffung für schließende und bewegliche Anlagen, Kreditbereitstellung für den städtischen Grundbesitz und für die Neubereit, Wiederbelebung des jetzt vollkommen ausgeschalteten Handels, Verbesserung der Währung und Flüssigmachung der in Kriegsanleihen angelegten Kapitalien.

Der Staatssekretär teilte das ganze Problem der Uebergangswirtschaft in drei Hauptprobleme: Arbeiterfragen, Kreditbeschaffung und Rohstoffversorgung. Vorkünftig hat sich der Reichskommissar besonders mit der Rohstoffversorgung, dem Transportwesen und der Währung zu beschäftigen. Diese drei Fragen wären zu lösen durch Verwaltung, Gesetzgebung und Heranziehung von wirtschaftlich technischen Kräften; die letzteren sind neu zu organisieren und Mitarbeiter aus allen Kreisen der praktischen Berufe aus den Gebieten der Währung, der Neuberei, der Finanzen, des Handels, der Industrie und Landwirtschaft sollen zugezogen werden. Es ist die Errichtung eines großen Beirats mit Unterabteilungen beabsichtigt, denen die Prüfung der Bedürfnisse zuzustehen soll. Die Durchführung der Beschlüsse obliegt dem Reichskommissar und dem Reichsamt des Innern. Der Staatssekretär schloß seinen Vortrag mit der Erklärung, der Hauptzweck des Reichskommissars sei, sich so schnell als möglich überflüssig zu machen, d. h. seine Arbeit so schnell als möglich zu beendigen.

Mit diesen Ausführungen erklärten sich die Sprecher aller Fraktionen im großen und ganzen einverstanden, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die sehr vieles von dem, was während des Krieges auf dem Gebiete der Zuteilung geschehen ist, auch in den Frieden hinübergenommen zu sehen wünscht.

Stadtverordnetenversammlung.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Oktober 1916.

Vorsteher Nischeit eröffnet die Sitzung.

Vor der Tagesordnung kommt Stadtdirektor Dr. Weber auf die durch die Dörfersche Schindensäge und Kriegswurffabrik verursachten üblen Gerüche im Wohnviertel zurück. Es ergibt sich aus seiner Darlegung, daß der Fabrikbetrieb zurzeit eingeschränkt ist und daß das Volksempfinden die im sanitären Interesse etwa erforderlichen Maßnahmen veranlassen wird.

Im Etat des Administrationsbezirks B u c h ist im Rechnungsjahr 1916 der Ausgabeantrag für die Schlächtereien um 800 000 M. überschritten worden, denen 656 000 M. Mehreinnahmen gegenüberstehen; es ist ein Zuschuß von 234 000 M. erforderlich. Ein besonderer Ausschuß hat über diese Staatsüberschreitung beraten und sie einstimmig zur Genehmigung empfohlen, dabei ist aber an der Einrichtung und dem Betrieb der Schlächtereien zum Teil scharfe Kritik geübt und das Verlangen ausgesprochen worden, daß dem Ausdehnungsdrange und dem Optimismus der Güterverwaltung endlich einmal Einhalt getan werde, zumal schließlich die Hausbesitzer den ganzen Schaden zu tragen hätten.

Stadtv. Mann (Soz.): Wir teilen unsenerseits die Ansicht nicht, daß beratliche Kommunalbetriebe vom Uebel seien. Natürlich muß dafür, daß diese Betriebe sich rentieren, tüchtig gesorgt werden. Die Versammlung hat ja auch schon wiederholt die Notwendigkeit solcher Betriebe anerkannt; daß ein Betrieb einmal unter abnormen Kriegsverhältnissen leidet, ist noch kein Beweis dagegen. Auch wird die Kanalisationsabgabe keineswegs allein von den Hausbesitzern aufgebracht; sie legen die Abgabe wohl aus, ziehen sie aber in den Mieten von den Mietern nachher wieder ein. (Widerspruch und Lachen.) Die Uebernahme, die Errichtung und der Betrieb gewerblicher gemeinnütziger Unternehmungen zum Nutzen der gesamten Einwohnerschaft ist eine der vornehmsten Aufgaben der Kommune. (Beifall.)

Die Versammlung beschließt nach dem Ausschussantrag. Die Vorlage wegen Einrichtung einer besonderen Kriegsfürsorge für die Angehörigen der Weidungsindustrie ist von dem eingesehenen Ausschuß mit geringen Modifikationen angenommen worden. Referent ist Stadtv. Kay (Fr. Fr.).

Stadtv. Ritter (Soz.): Das Ergebnis der langen Ausschussberatungen ist recht mager. Unsere Verbesserungsanträge sind abgelehnt worden. Vergeblich haben wir verlangt, die Beschränkung dieser Fürsorge auf die Kriegsbauer fallen zu lassen; wir werden zu gegebener Zeit auf dieses Verlangen zurückkommen. Den Unterschied zwischen Verheirateten und Unverheirateten hat man auch nicht machen wollen und sich für diese Ablehnung auf die schlechten, bei den Textilarbeitern gemachten Erfahrungen berufen. Da handelte es sich aber nur um wenige Hunderte, hier um Zehntausende. Auch die obligatorische Mitwirkung der Gewerkschaften hat man abgelehnt und nur als Ratbehelf zugestanden, daß dem Magistrat vorbehalten bleiben soll, sie heranzuziehen. Trotz dieser Bedenken stimmen wir der Vorlage zu.

Die Ausschussvor schläge gelangen zur Annahme.

Von der sozialdemokratischen Fraktion ist am 27. September der folgende Antrag eingebracht worden:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldigst eine Vorlage zu machen, durch welche die Zuwahl der Frauen in alle auf Grund des § 59 der Städteordnung eingesetzten Deputationen durch statutarische Anordnung bestimmt werden kann.“

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Während draußen auf den Schlachtfeldern der männermordende Krieg tobt und kulturschöpferische Werte vernichtet werden, unterbreiten wir Ihrer wohlwollenden und hoffentlich vorurteilsfreien Prüfung eine Anregung, die einen kulturschöpferischen Wert in sich birgt und den Vorzug besitzt, nichts zu kosten. Im Gegenteil, wenn es gelingt, die weibliche Sachkenntnis, Arbeitskraft und Arbeitsfreude in den Rahmen der städtischen Verwaltung zu spannen, wird manche Ausgabe erspart bleiben; ja es hätte schon jetzt manche Unliebsamkeit vermieden werden können, wenn auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung und -verteilung an den leitenden Stellen Frauen mitgewirkt hätten.

Die Mitarbeit der Frauen in der kommunalen Wohlfahrtspflege ist von den Frauenorganisationen seit nahezu fünfzig Jahren gefordert worden. In Preußen steht den Fortschritten, wie sie z. B. in Baden gemacht worden sind, der § 59 der Städteordnung von 1853 im Wege; nach der geltenden Auffassung kann eine Frau nicht „stimmfähiger“ Bürger sein, nur die Armen- und die Schulverwaltung machen hier eine Ausnahme. Die Zahl der Frauen, die in Berlin den Armen- und Schulkommissionen angehören, ist übrigens zurzeit noch eine geringe. In der Armenverwaltung haben wir gegenwärtig zwei Frauen mit beschließender, in der Waisenverwaltung zwei Frauen mit beratender Stimme. Nun gibt der Abt. 3 des § 59 Raum für eine besondere Zusammenfassung der Deputationen durch statutarische Anordnung nach besonderen eigentümlichen örtlichen Verhältnissen. Die rhetorische Floskel „Die Frau gehört ins Haus“ ist nach der heutigen Entwicklung im Frauenorganismus der Reichshauptstadt eigentlich ein törichtes Schlagwort geworden. (Auf: Ja, na!) Im Kriege ist die Frauenarbeit ungeheuer angeschwollen; schon gegenwärtig haben die Frauen jedenfalls einen erheblichen Anteil an der Produktion, und mit dem Abschluß des Krieges wird das Verhältnis eher noch schlimmer werden. Das wirtschaftliche Durchhalten wäre ohne die weibliche Arbeitskraft einfach unmöglich gewesen. Das Prozentverhältnis der Beschäftigung von Männern und Frauen betrug vor dem Kriege 59 : 41; es hat sich während des Krieges in 41 : 59 verandelt, sich also geradezu umgekehrt. Welche Rechte stehen nun diesen Pflichten der Frauen gegenüber? Es muß diesen Pflichten das Recht der Mitarbeit an allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen gegenüberstehen; die Frauen wollen nicht bloß Objekte, sie wollen auch Subjekte der Verwaltung sein. Es würde also nur dem Ernst und der Größe der Zeit entsprechen, wenn man auch an diesem Abt. 3 mit dem gesunden Menschenverstand herantritt; einem reifen Volke soll man nicht immer mit formalen Einwänden kommen. Das Besiehende ist doch nicht unanfechtbar, was läßt sich sonst Fortschritt und Entwicklung her? Ueber Spinnweben soll man nicht stolpern; wir brauchen nicht zu bedächtigen und zu doktrinar zu sein, gehen wir in kühner Initiative eigene Wege. Auch bei manchen unserer Magistratsassessoren und Magistratsräte, die Stimmrecht zu den Deputationen haben, ist keineswegs sicher, daß sie auch stimmfähige Bürger sind, zumal wenn sie auswärtig wohnen. Wir haben auch Frauen als Gemeindevorsteherinnen, obwohl das die Städteordnung nicht gestattet. Das Gesetz ist also bereits durchlöcherig. In Königsberg und Halle gibt es stimmberedigte Frauen in gewissen Deputationen. In den Städteordnungen von 1856 für Westfalen und die Rheinprovinz findet sich § 59 wortwörtlich wieder, dergleichen in dem Gemeindeverfassungsgesetz für Frankfurt von 1867; dennoch sind auch dort Frauen in Deputationen als stimmberedigte Mitglieder. Man feiert von hoher Stelle das stille Bedenken der Frauen; Herr v. Batocki hat erst jüngst ihnen seine hohe Achtung bezeugt. Nach Schluß des Krieges müssen wir eine neue, schöpferische Politik treiben, eine großzügige Bevölkerungs-, Wohnungs- und Städtepolitik; mit dem vorhandenen Menschenmaterial müssen die größten Leistungen herausgearbeitet werden; für diese Zukunftsaufgaben ist der Rat und die Mitarbeit der Frau unentbehrlich. Alle bisher unterdrückten Kräfte in der Gesellschaft müssen freigesetzt werden, und dazu gehört auch die Frau. — Geht es wirklich mit der beschließenden Stimme nicht, dann muß die beratende gegeben werden. Die Einwände dagegen sind hinfällig. Die Frauen müssen ins Rathaus hinein (Bewegung); geht es nicht auf der großen Freitreppe als stimmberedigt, so mögen sie den Seiteneingang benutzen, aber hinein müssen sie. (Geisterleit.) Die Presse hat von der Verlängerung der Beratungen, von Verschärfung der Gegensätze, von Beeinträchtigung der offenen Aussprache über heikle Themenata gesprochen; ein solcher feindlicher Zustand wird nicht eintreten. Was die psychologische Seite angeht, so gilt auch hier das Wort: „Wo das Streben mit dem Fahren, wo Dantes sich und Ribes paarten, da gibt es einen guten Klang.“ Nur wenigen von uns Männern ist es gegeben, dem Seelenleben der Frauen volles Verständnis entgegenzubringen. (Bewegung und Widerspruch.) Vor zwei Jahren hat Kollege Galland in der „Vossischen Zeitung“ einen Gymnas auf die Frauen angestimmt und hinsichtlich der praktischen sozialen Tätigkeit gemeint: „Männerarbeit allein wird nur Stumpfwerk bleiben.“ Dieses gefällige Wort verdient in den Zitatenschatz des deutschen Volkes aufgenommen zu werden. Auch nach dem Kriege werden uns die gebateten Tauben nicht in den Mund fliegen; aber wir müssen alles dazu beitragen, daß die verheißene „Neuorientierung“ nicht ein Phantom bleibt. Es lohnt sich, den Versuch zu machen; gelingt er, so wird er bahnbrechend wirken; wir werden auf diesem Wege dem kommunalen Gemeinwesen der Zukunft näher kommen, wo auf dem Boden voller Gleichberechtigung den Stadtvätern Stadtmütter zur Seite stehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten; Handelskassen auf der Tribüne.)

Oberbürgermeister Wermuth: Ueber die Rechtsfrage hat sich der Magistrat 1914 ausgesprochen. Frauen können mit beschließender Stimme nur in der Schul- und Armenverwaltung sitzen, in allen anderen Deputationen nicht, da sie auch das Bürgerrecht haben müssen. Die Vorgänge in anderen Städten müssen sehr scharf auf ihren Rechtsgrund geprüft werden. Dagegen besteht kein Bedenken, Frauen mit beratender Stimme in diejenigen Deputationen aufzunehmen, in denen ihre Mitarbeit zweckdienlich erscheint (Beifall), sei es durch Ordinstatut oder durch Zuwahl. Der Magistrat folgt durchaus dem Juge der Zeit, wenn er wünscht und sich bestrebt, die Einsicht, die Erfahrung und das Wissen der Frau in möglichst weitem Umfange für das Wohl der Gemeinde nutzbar zu machen. (Wiederholter Beifall.)

Stadtv. Dove (Linke): Wir können eine wohlwollende und vorurteilsfreie Prüfung des Antrages in Aussicht stellen. Schon vor dem Kollegen Galland haben wir in den Parlamenten für die Zulassung von Frauen in gleicher Richtung gekämpft. Jedenfalls sollte die Möglichkeit der Mitwirkung von Frauen in allen Zweigen der städtischen Verwaltung, wo sie zweckdienlich erscheint, geschaffen werden. Die Rechtsfrage wird aber gründlich zu prüfen sein. Man wird auch im Ausschusse zu der Auffassung gelangen, daß Frauen nur mit beratender Stimme zugelassen werden können. Die „freie“ Interpretation des § 59 Abt. 3 hilft nicht weiter. Die Räume werden auch selbst dann, wenn die heutige Gesellschaftsordnung beseitigt sein sollte, nicht in den Himmel wachsen. (Geisterleit.)

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) steht dem Antrag gleichfalls sympathisch gegenüber und freut sich des ersten Erfolges der Antragsteller, der in der entgegenkommenden Erklärung des Oberbürgermeisters liegt. Die in der Armenverwaltung tätigen Frauen hätten sich ausgezeichnet bewährt. Hoffentlich werde die Ausschussberatung zu einem positiven Resultat führen. In der Schulpeisung würde viel rascher eine befriedigende Regelung erzielt worden sein, wenn Frauen dabei mitgewirkt hätten. Der Antrag geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Von der Linken und der freien Fraktion (Stadtv. Cassel, Biffing-Körte) liegt der Antrag vor:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemäßigter Deputation darüber baldigst zu beraten, durch welche Maßnahmen bei der durch die Kriegsverhältnisse sehr bedrängten Lage des städtischen Grundbesitzes gegen zutrage getretene Gärten und Unbilligkeiten Abhilfe geschaffen werden kann.“

Stadtv. Cassel (L.): Die Notlage eines großen Teils der Berliner Hausbesitzer, wie sie durch den Krieg erzeugt und verschärft worden ist, erscheint notorisch. Die Stadt kann an dieser Laizache nicht vorbeigehen, denn sie berührt ihr eigenes Interesse. Der Antrag hat nicht die „großen“ Mittel zur Abhilfe im Sinne. Diese unterliegen der Gesetzgebung; Schätzungsämter und Stadtschassen sollen ja geschaffen werden. Stadtschassen könnten allerdings schon jetzt, vor dem Abschluß des Gesetzes, vorbereitet werden. Unser Antrag will Gärten und Unbilligkeiten beseitigen, deren sofortige Beseitigung dringend geboten ist. Die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert wird bei dem teilweisen oder sogar völligen Wegfall der Einnahmen von den betreffenden Hausbesitzern ungemein drückend empfunden; es muß hier im Verwaltungswege eine Ermäßigung oder der Erlaß vorgesehen werden. Der Mietzuschuß, den die Stadt im Kriege zahlt und der jetzt bald 3 Millionen im Monat beträgt, ist von einem Mieterlaß abhängig, den der Vermieter gewähren muß. Diese Bestimmung erscheint bei der langen Dauer des Krieges nicht mehr haltbar und muß beseitigt werden; mindestens muß der Zwang zur Gewährung eines Erlasses in Wegfall kommen. Die Befreiung der aus dem Felde Zurückkehrenden von unverhältnismäßigen Mietschulden wird Sache des Reiches und des Staates sein müssen, wie auch im Landtage von allen Parteien prinzipiell anerkannt worden ist. (Beifall; Handelskassen auf der Zuhörertribüne; der Vorsteher rügt diese Beifallsbezeugung der Zuhörer.)

Oberbürgermeister Wermuth: Den Räten des Hausbesitzes kann wirksam nur mit Hilfe der Gesetzgebung beigegeben werden. Es ist ein Trugschluß, auf dem Wege über das Armenrecht alle Lasten und Schäden den Stadtgemeinden überwälzen zu wollen. Die Stadt hat sich redlich bemüht, die am härtesten drückenden Ungünstigkeiten zu mildern. Die Mietbeiträge betragen bis jetzt 82 Millionen Mark, monatlich 2 Millionen Mark, sie entfallen zu 85 Proz. auf Kleinwohnungen von 1-2 Zimmern. Von 250 000 Kriegsunterstützungsfällen sind 194 000 oder vier Fünftel von einer Mietbeiträge begleitet; es sind 51 Proz. aller dieser Kleinwohnungen damit bedacht. Grundsteuererhöhung erfolgte im ersten Kriegsjahr in 1870, im zweiten in 1898 Kosten; gegen Verzinsung nur 12. Wir sind damit dem Hausbesitzerstande bis an die Grenze der kommunalen Leistungsfähigkeit beigegeben. In einer gemischten Deputation teilzunehmen ist der Magistrat gewillt.

Stadtv. Biffing (Fr. Fr.) weist auf die zahlreichen Fälle hin, wo Hausbesitzer durch die genannten Unbilligkeiten und Gärten an den Rand des Ruins gebracht oder völlig verarmt sind. Besonders hart drückt die Besteuerung nach dem gemeinen Wert, nicht minder die ungleichmäßige Handhabung der Mietnachlassforderungen. Auch sei die Unterhaltung der Bürgersteige und die Entwässerungsabgabe den Hausbesitzern aufzubürden ein großes Unrecht.

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir werden der Einsetzung einer gemischten Deputation zustimmen. Ich will nur wünschen, daß der Magistrat schneller arbeitet als betreffs jener andern Deputation, deren Einsetzung wir vor 4-5 Monaten wegen des Treptower Bebauungsplans beschloffen haben. Wir wissen heute noch nicht einmal, ob der Magistrat der Einsetzung zugestimmt hat. — Die sehr unbefriedigende Lage des Hausbesitzes erkennen wir an; die Lage der kleinen Mieter erscheint uns aber noch weit schlimmer, und wir können keiner Maßnahme zustimmen, die geeignet wäre, die Lage des Hausbesitzes auf Kosten der kleinen Mieter zu verbessern. Die Mietunterstützung haben wir stets als eine Hilfsaktion zugunsten der Kriegerfamilien betrachtet, da die von Reich, Staat und Kommune gewährten Unterstützungen nicht ausreichen, auch noch die Mietzahlung zu ermöglichen. In dieser furchtbaren Zeit sind Millionen und aber Millionen materielle auf's schmerzlichste in Mitleidenschaft gezogen. Die Hausbesitzer als Klasse herauszunehmen und besonders zu unterstützen, sehen wir keinen Anlaß, es sei denn, daß sie ihrerseits im öffentlichen Interesse eine Leistung vollziehen, wie sie in den Mietnachlässen liegt. Wir würden uns unbedingt widersetzen, wenn etwa grundfänglich davon abgegangen werden sollte. Der Grundsteuernachlaß würde ja darauf hinauslaufen, den Resthaß des allgemeinen Wertes zu entziffern und den des Ruhertrages oder etwas Unklares anderer Art an seine Stelle zu setzen. Gerade Herr Rosenow rühmt sich doch als Vater jenes Beschlusses, und da ist es doch etwas verwunderlich, wenn aus seiner Fraktion eine solche Anregung kommt. Wir werden die genau formulierten Anträge der Herren abwarten und danach unsere Stellung nehmen.

Nach weiteren Bemerkungen der Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) und Cassel wird der Antrag angenommen. Zu Weihnachtsgeschenken für die zu Berlin in nächster Beziehung stehenden Teile des Feldheeres sollen unter denselben Bedingungen wie im Vorjahre 200 000 M. verwendet werden. Eine besondere Anschaffungskommission soll zur Ausführung in Funktion treten. Die Vorlage wird angenommen, nachdem Stadtv. Cassel, sohn (Soz.) die Zustimmung seiner Freunde erklärt und der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß, wenn schon jetzt nicht den Truppen die Friedensbotschaft zum Weihnachtsgeschenke besichert werden könne, die Versammlung doch im nächsten Jahre seine ähnliche Vorlage zu votieren haben werde. Schluß nach 1/2 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Frauenfrage im Rathaus.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung bot gestern die Tribüne ein ungewohntes Bild. Sie war bis auf den letzten Platz besetzt, und zwar größtenteils von Frauen. Das Interesse der Zuhörerinnen galt dem Vortrage, den die sozialdemokratische Fraktion zum Nutzen der Mitarbeit von Frauen in der Gemeindeverwaltung unternahm. Für unseren Antrag, den Frauen die Möglichkeit der Erlangung von Sitz und Stimme in allen Verwaltungsdeputationen zu schaffen, konnte Genosse Wehl in seinen begründenden Ausführungen sich auf einiges in anderen Gemeinden schon Erreichte berufen. Er forderte, Berlin solle denselben Weg gehen und die in der Städteordnung sich bietende Handhabe benutzen, den Frauen zunächst mal dieses bestehende Stimmrecht zu geben. Nach der Ansicht des Oberbürgermeisters Wermuth ist die Zulassung von Frauen mit beschließender Stimme nur möglich bei der Schulverwaltung und bei der Armenverwaltung, wo sie die volle Gleichberechtigung schon haben. In allen anderen Verwaltungsdeputationen könne man ihnen höchstens beratende Stimme gewähren, und dazu werde der Magistrat wohl bereit sein, wo es wünschenswert schein. Auch die Redner der beiden freisinnigen Fraktionen, Stadtverordneter Dove und Stadtverordneter Rosenow, schätzten den Rat der Frauen, halten aber die Bewährung eines Beschlusses nach diesem Gesichtspunkt für zulässig. In dem Ausschusse, dem der Antrag überwiesen wurde, wird die Rechtslage näher zu prüfen sein. Die gestrigen Verhandlungen haben gezeigt, daß der „Zug der Zeit“ auch an Berlin nicht ganz spurlos vorbeigegangen ist. Niemand hatte noch den Mut, sich für völlige Fernhaltung der Frauen von den Verwaltungsdeputationen auszusprechen. Es folgte die Beratung des freisinnigen Antrages, der

Schau für die durch den Krieg geschädigten Hausbesitzer fordert. Die Ausführungen des Stadtverordneten Cassel und nachher auch des Stadtverordneten Biffing liefen hauptsächlich darauf hinaus, daß den Hausbesitzern bei Mietbeihilfen für Kriegerfamilien kein Nutzen a. h. a. aufzugespart werden soll. Demgegenüber erklärte unser Genosse Heimann, daß die sozialdemokratische Fraktion seiner Maßregel zustimmen werde, die den kleinen Mietern eine Benachteiligung bringe. Der Magistrat ist, wie Oberbürgermeister Wermuths Ausführungen ergaben, mit der gewünschten Beratung in einer gemischten Deputation einverstanden. Sie wurde beschlossen.

Städtische Wurstfabrikation.

Durch einige Blätter läuft die Nachricht, daß die städtische Verwaltung Vorkehrungen treffe, in nächster Zeit auf dem städtischen Schlacht- und Viehhofe die gesamte für Berlin erforderliche Wurstfabrikation selbst zu betreiben. Es wird berichtet, daß die Anregung zu dieser Maßnahme vom Kriegsernährungsamt ausgegangen sein solle, das durch die Herstellung nur weniger bestimmter Wurstsorten in ein und derselben Form und Güte große Ersparnisse an Fleisch zu erreichen glaubt und außerdem das Publikum gegen Ueberschneidung durch den Verkauf schlechter Ware für teures Geld schützen will. Die Berliner Lebensmittellieferanten sind mit dem Vorgehen des Berliner Magistrats durchaus nicht einverstanden. Obermeister Kriesche von der Berliner Schlächterinnung hat eine außerordentliche Versammlung aller Lebensmittellieferanten einberufen, die sich mit der Monopolisierung der Wurstherstellung und des Verkaufs durch die Stadt befaßt soll.

Wir bemerken zu der Meldung, daß wir in unserem Blatt wiederholt die Forderung aufgestellt haben, die Stadt solle die Wurstbereitung selber in die Hand nehmen, wie das bereits in Nürnberg und anderen Städten der Fall ist. Notwendig wäre bei der Fettknappheit die Herstellung einer guten Schmierwurst.

Die Butterration. In der Woche vom 23. bis 29. Oktober werden pro Kopf 90 Gramm Speisefett, und zwar 60 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine zur Ausgabe gelangen. Der Preis für 60 Gramm Butter erster Qualität beträgt 32 Pf., der für 30 Gramm Margarine 12 Pf. Die Fettration bleibt die gleiche wie bisher.

Ablieferung der Eierartenabschnitte der Gastwirte. Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats haben die Inhaber der Schank- und Speisebetriebe die in der Zeit vom 1. bis 21. Oktober für die Abgabe von Eiern und Eierspeisen gemeldeten Abchnitte der Eierarten in der Zeit vom 23. bis 25. Oktober an den Obmann ihres Bezirks abzuliefern. Für die fernere Zeit sind die gesammelten Abchnitte stets in den drei ersten Verlagen der dritten Woche der vierteljährigen Vorratszeit an die Obmänner ihres Bezirks abzuliefern. Die nächsten Liefertermine geben also vom 18. bis 15. November, 11. bis 13. Dezember usw. Die Abchnitte sind in Päckchen von je 100 Stück gebündelt in einem Umschlag abzuliefern, auf welchem der Name und die Betriebsstätte des Abliefernden sowie die Anzahl der in dem Umschlag insgesamt enthaltenen Abchnitte deutlich anzugeben ist.

Hohe Marmeladenpreise.

Die Preise für Marmelade haben eine unheimliche Höhe erreicht. Für gewöhnliches Pfaffenmarmelade werden jetzt Preise von 1,60 M. für das Pfund verlangt und — auch gezahlt infolge der Fettknappheit. Wie lange sollen diese wie vor allen für die erwerbstätige Bevölkerung viel zu hohen Preise nach bleiben.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Freitag, den 20. Oktober 1916.

Schellfische, klein (bis 1/2 Pfund) 2,00 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,25 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,88 M., große (von 1 1/2 bis 2 Pfund und mehr) 2,50 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,88 M., mittel (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 2,00 M., große (von 2 bis 4 Pfund und mehr) 2,32 M., ohne Kopf (im Aufschnitt) 3,00 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zusatz ganz ungenügend.)

Gegen unhöfliche Behandlung des Publikums durch Angestellte in den Brotkommissionen wirkt nach einer Mitteilung der Magistrat ständig, er meint aber, daß oft sachlich unbegründete Forderungen noch dazu in sehr dringlicher Form an die Brotkommissionen gestellt werden. Weidwerden würden eingehend geprüft. Wir möchten den Magistrat ersuchen, auch etwas mehr acht zu geben auf die Behandlung, die Verkaufsführern im Bureau der Poststraße 16 zuteil wird, wenn dort Beschwerden vorgebracht werden. Wir haben Anlaß anzunehmen, daß die dort dem Publikum zuteil werdende Behandlung sehr zu wünschen übrig läßt.

Streichhölzer das Paket 62 Pfennig!

Vor einigen Monaten war erklärt worden, daß eine Preis-erhöhung für Streichhölzer, die damals schon hoch genug 45 Pf. kosteten, ausgeschlossen sei. Jetzt ist trotzdem eine Preis-erhöhung erfolgt. Mit einem Male sind deutsche Streichhölzer schwer zu haben. Dagegen werden für angebliche „Schweden“ 62 Pf. verlangt und meist nur halbe Pakete für 31 Pf. ausgegeben. Also auch hierbei offenbar wieder Zurückhaltung der Ware und künstliche Preistreibererei.

Mit einem Strich zusammen gebunden haben sich zwei lebens- mütige Frauen, wahrscheinlich Mutter und Tochter, die vor etwa 14 Tagen ins Wasser gegangen zu sein scheinen und gestern nach- mittag in Noabit an der Wollentwerberstraße gegenüber der Jagow- straße als Leichen in der Spree aufgefunden und gelandet wurden. Die Jüngere hatte auf der rechten Hand zwei goldene Trauringe. Die Jüngere handelte es sich wohl um eine Witwe, die mit ihrer be- tagten Mutter in den Tod gegangen ist. Die Persönlichkeiten konnten bis gestern Abend noch nicht festgestellt werden. Die Leichen wurden nach dem Schauhause gebracht. Die ältere Frau zählt etwa 65 bis 70 Jahre und ist etwa 1,65 Meter groß, hat graues Haar, trug schwarzes Kostüm mit dunklem Pelztragen und schwarze Zeug- schuhe mit Federbesatz. Die Jüngere ist etwa 30 bis 40 Jahre alt, 1,68 Meter groß, dunkelblond und trug ein dunkelblaues Kostüm mit weißer Bluse. Die Trauringe der jungen Frau sind J. G. und A. V. ge- zeichnet. Außerdem trug sie noch goldene Uhr und Kette. Ihre Wäsche ist ebenfalls J. G. gezeichnet.

Umtausch der Karten für die Angestelltenversicherung.

Mit Ablauf des Jahres 1916 wird die Hauptmenge der im Jahre 1912 ausgestellten Versicherungskarten Nr. 1 mit Beitrags- eintragungen gefüllt sein, so daß für die Versicherten neue Ver- sicherungskarten Nr. 2 nötig werden. Wenn nun mit der Anfor- derung der neuen Versicherungskarten allgemein bis zum Januar 1917 gewartet würde, so würden die Ausgabestellen zum Teil der- maßen mit Arbeit überhäuft werden, daß die Wünschenswerte schnelle Erledigung der Anträge in Frage gestellt wäre. Da nun die vollen Versicherungskarten Nr. 1 dauernd in den Händen der Versicherten bleiben und für die Ausstellung der neuen Versicherungskarte nicht gebraucht werden, so ist es möglich und im Interesse der Ausgabe- stellen erwünscht, wenn die betr. Versicherten noch im Laufe des Jahres 1916 sich die neue Versicherungskarte Nr. 2 ausstellen lassen, während die ihre Versicherungskarte Nr. 1 noch weiter bis zum Ab- lauf des Jahres benutzen.

Die dazu nötigen Vorbrüche zu Aufnahme- und Versicherungs- karten sind von den Ausgabestellen (für Berlin: Klosterstr. 65) zu beziehen.

Auskünfte in allen Fragen der Angestelltenversicherung erteilen die Ortsausschüsse der Vertrauensmänner, für Berlin: W 85, Plothenstr. 4 I (Sprechstunde: Dienstags, Donnerstags und Sonn- abends von 1—3 Uhr), für Schöneberg: Rollendorferstr. 29/30 (Sprechstunden: Dienstags und Donnerstags von 1—2 Uhr).

Botanischer Garten. In der Zeit von Mitte Oktober bis Ende März ist der Botanische Garten in Dahlem nebst den Gewächshäusern am ersten Sonntag jeden Monats von 11—4 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

In den Wochentagen der Wintermonate ist der Garten von 8 Uhr früh bis zur Dämmerung, die Gewächshäuser mit Ausnahme des Sonnabends von 10—4 Uhr für die Inhaber von Erlaubnis- schein, welche bei den Pflanzern käuflichen Führern beiliegen, zu- gänglich.

Das Botanische Museum ist jeden Mittwoch von 10—3 Uhr und jeden ersten Sonntag im Monat von 11—2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Die Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine von Berlin und Umgegend gibt bekannt, daß die Rettungsstation am Müggelsee, so- wie die damit verbundenen Warnungsstationen Erlener- Dämmergsee, Friedrichshagen, Köpenick und Bolterdorfer See- leuse von Sonntag, den 29. Oktober cr. ab außer Betrieb ge- setzt werden.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, vor allem beim Befahren des gefährlichen Müggelsees die größte Vorsicht zu beobachten, da auf Hilfe seitens der Rettungsgesellschaft nicht gerechnet werden darf.

Handel mit Ferro-Silizium. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 hat der Herr Oberbefehlshaber in den Marken im Interesse der öffentlichen Sicherheit bestimmt: Der Handel mit elektrisch hergestelltem Ferro-Silizium (hochprozentig) ist in jeder Gestalt und Zusammenlegung verboten. Veräußerung und Abliefe- rung von Ferro-Silizium ist nur zulässig an die Kriegsmetall- Aktiengesellschaft, Berlin W 9, Potsdamer Str. 10/11, ferner an die Eisen-Zentrale G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgräber Str. 97/99, sowie an solche Geschäfte oder Personen, die ausdrücklich einer schriftlichen Genehmigung der Kriegs-Koststoffabteilung des königlich- preussischen Kriegsministeriums zum Ankauf von Ferro-Silizium beauftragt sind. Uebertretungen oder Aufforderungen oder An- reizungen zur Uebertretung dieses Verbots werden bestraft. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Geperret. Die Strohenkreuzung Müller- und Fennstraße wird wegen Untergrundbahnarbeiten für den Fahrverkehr auf der Müller- straße in der Fabrikation Nord-Süd und für den Fahrverkehr auf der Fennstraße sowohl in der Ost-West-Richtung als auch in der Richtung West-Ost geperret.

Kleine Nachrichten. Hilfslos aufgefunden wurde Mittwoch Abend vor dem Haupte Große Frankfurter Str. 191 ein unbekannter Mann von etwa 60 Jahren. Man brachte den Besinnungslosen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen, als man aber dort mit ihm ankam, war er schon tot. Der Mann war seinem Äußeren nach wohl Ar- beiter. Er trug eine braune Joppe, eine dunkelgestreifte Dose, eine braune Mütze, schwarze Schürzhose und eine Brille. — Ein Hand- taschenraub wurde gestern Abend im Tiergarten verübt. Gegen 7 Uhr wurde einer Buchhalterin Clara W. aus der Reanderstraße, die die Charlottenburger Chaussee entlang ging, in der Nähe der Siegesallee von einem jungen Burden die schwarze Lederne Hand- tasche mit Lederbügel entziffen, die 18 M. in Geld, mehrere Zeugnisse, eine Handtasche und einige Schlüssel enthielt. — Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern in einer großen Fabrik in Ober- schöneeweide ereignet. Während der Schmiedehelfer Max Linger an einem Dampfhammer arbeitete, versagte plötzlich aus bisher noch nicht auf- geklärt Ursache die Bremse. Der schwere Hammer saute herab und zerstückelte dem H. die rechte Hand vollständig. Der Ver- unglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — Von einem D-Jugende empfindlich befallen wurde eine Frau Robbins aus Karlstraße. Die Dame wollte am Potsdamer Bahnhof nach Frank- furt a. M. fahren und ließ sich ihr Gepäck von einem Träger in einen Durchgangswagen dritter Klasse bringen. Nachdem sie dem Gepäckträger dann noch einen Auftrag erteilt hatte, als sie den Zug bereits bestiegen hatte, entlohnste sie ihn aus ihrer Handtasche, in der sich auch ihre Brieftasche befand. Gleich darauf gab es in dem Waggengang ein Gedränge. Als die Dame jetzt wieder nach ihrem Gepäck sah, fand ihre Handtasche auf und die Brieftasche war daraus verschwunden. Ohne Zweifel hatte ein gewerdmäßiger D-Jugend das Gedränge ausgenutzt.

Aus den Gemeinden.

Die Winterheizung der Kriegerfrauen in Neukölln.

Im vorigen Winter erhielten die Neuköllner Kriegerfrauen für jeden Wintermonat einen Gutschein über 200 Preksholen die von bestimmten Kleinhändlern für Rechnung der Stadtgemeinde ab- gefordert werden konnten. Eine andere Regelung ist für den kommenden Winter vorgezogen. Es sollen Gutscheine ausgegeben werden, die über den Betrag von 3 M. lauten, wofür vom 1. No- vember ab für den Monat 200 Preksholen und ein halber Scheffel Koks zu liefern sind. Wie vorauszusetzen war, können die Klein- händler für diesen geringen Betrag nicht liefern. Sind doch nur 200 Preksholen für den gewöhnlichen Haushalt nicht unter 3 M. zu haben. Die betreffenden Kleinhändler hielten bereits eine Ver- sammlung ab, in der einmütig erklärt wurde, daß die Stadt- gemeinde entweder den Kostenbetrag erhöhen oder die Lieferungs- weise herabsetzen müsse. Insgesamt habe die Stadtgemeinde nach Maßgabe des bisherigen Beschlusses rund eine halbe Million Mark aufzuwenden. Es müßten also mindestens 150 000 M. nachbewilligt werden. Da der Winter frühzeitig einzusetzen scheint, wird die Sache hoffentlich bis zum 1. November zufriedenstellend geregelt.

Aus aller Welt.

Nachklänge zur „Titanic“-Katastrophe.

Die „Voss. Zig.“ schreibt: Der Krieg auf den Meeren mit seinen zahllosen erschütternden Ereignissen hat das größte Schiffsunglück, das die Welt je erlebt hat, den Untergang des Ozeanriesen „Titanic“, in der europäischen Welt in Vergessenheit geraten lassen. Und doch hat das Admiraltätsgericht der Vereinigten Staaten erst vor wenigen Wochen die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage gefällt. Das Urteil lautet dahin, daß die „White Star Line“ als verantwortliche Eigentümerin des Schiffes, in keiner Weise haftbar zu machen ist für Verluste, Schäden an Leib und Gut und so weiter, die aus dem am 14. April 1912 erfolgten Zusammenstoß des Dampfers „Titanic“ mit einem Eisberg und ihrem Untergang am darauf folgenden Tage entstanden sind, da die Katastrophe nicht durch Nachlässigkeit in der Schiff- führung, sondern durch reinen Unglücksfall verursacht worden ist. — Die Höhe der gegen die Gesellschaft geltend ge- machten Schadenersatzansprüche hatte sich auf 18 Millionen Dollar belaufen. Besonders interessant dabei ist, daß die „White-Star-Line“ bereits vor dem Urteilspruch mit den Klägern einen außergerich- tlichen Vergleich auf Zahlung einer Viertel Million Dollar ein- gegangen war, so daß eine Verurteilung nun nicht mehr erfolgen kann.

Ein schweres Unglück auf dem Meere. Dem Telegraphen- bureau Nihau wird aus Underbed mitgeteilt: Der Stockholmer Dampfer „Alfhild“ ist am Mittwoch während eines Sturmes im Kattegat gesunken. Die Besatzung von zehn Mann und zwei Frauen verließen den Dampfer in zwei Rettungs- booten, von denen eines mit sechs Mann und den

Frauen fenerte. Alle Personen, mit Ausnahme einer Frau, die sich in das zweite Boot rettete, ertranken. Das zweite Boot traf am Donnerstag früh bei Underbed Leuchtfeuer ein. Ein Leuchtmatrose war tot, der zweite Matrosen- ist im Wahnsinn über Bord gesprungen.

Ein Millionenchwindler verhaftet. Wie aus Genf gemeldet wird, ist in Rouen der französische Millionenchwindler Rochette verhaftet worden, der 1912 in Paris zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Rochette, der sich als Bankier ausgab und in ganz Frankreich Filialen seines Instituts gründete, brachte Tausende von kleinen Leuten um ihre Ersparnisse. Die Betrüglerin Rochettes wurden durch Clemenceau aufgedeckt. Der Diebstahlsbankier wurde verhaftet, aber gegen eine Kaution von 300 000 M. auf freien Fuß gesetzt. Rochette erhielt im Juli 1910 zwei Jahre Gefängnis, konnte aber die Straffache verschleppen, bis er Ende 1912 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Rochette entzog sich der Strafe durch die Flucht.

Ein alter Säuber. In Rostow (Wähmen) wurde der jetzt 81 jährige Kaffierer des dortigen Spar- und Vorläufervereins Wilhelm Krause verhaftet. Krause, der früher auch Bürger- meister in Rostow war, hat dem Verein und verschiedenen Privat- personen im Laufe von 30 Jahren etwa 100 000 Kronen unter- schlagen.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln-Bris-Buchow. Sonntag, den 22. Oktober cr., morgens 6 Uhr: Treffpunkt zur Tagespartie Ringbahnhof Neukölln. Gäste willkommen.

Jugendbildungsverein Schöneberg. Freitag, den 20. Oktober cr., gemeinsamer Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim, Mannshelmer- Str. 51. — Sonntag, den 22. Oktober, Tageswanderung: Bernau-Heilse- — Dienstag, den 24. Oktober, Tageswanderung: Bernau-Heilse- — Freitag, den 27. Oktober, Diskussionsabend im Wilmersdorfer Jugendheim. — In allen Veranstaltungen sind Fremde und Schulentlassene freumblichst eingeladen.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Sonntag Beschäftigung des Eisen- bahnmuseums (mit Führung). Treffpunkt: 9 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Abends: Spielabend im Lokal von Henschel, Weininger Str. 8. Anfang 8 Uhr. — Mittwoch: Niederabend. Anfang 8 Uhr. (Musikinstrumente mitbringen). — Der Mädchen-Abend bei Frau Dr. Kober, Tempelhofer Str. 21, findet jetzt immer Dienstags, abends 8 Uhr, statt.

Arbeiter-Jugend Wilmersdorf. Sonntag, den 22. Oktober, Wanderung durch den Dabrom-Fort. Treffpunkt 1/2 6 Uhr vorm. Abfahrt 6.55 Ostlicher Bahnhof. Fahrgeld 2 M.

Arbeiter-Kadettverein Berlin-Groß. Sonntag vom Schilf. Bahn 1.53 Uhr nach Köpenick (Koboldstr.-Süd, Heideberg).

Der Arbeiter-Schachklub meist im Interesse der heutigen Nummer auf seine Schachabende hin und mittel Arbeiter-Schachspieler, für Anreize den von ihm getroffenen Veranstaltungen entgegenzubringen. Der Berliner Arbeiter-Schachklub hat vom 22. Oktober cr. ab regelmäßig jeden Sonntag im Lokal „Zum kleinen Gemischtwarenhaus“, Stralauer Straße 3 (Bahnhof Jannowitzbrücke), von 9 bis 12 Uhr vormittags einen freien Schachabend eingerichtet. Hierzu ist jeder Arbeiter-Schachspieler freumblichst eingeladen. Es wird ein spanisches Turnier, frei für jedermann, gebildet. Außerdem ist ein Lehrkurs für Anfänger in Aussicht genommen. Spielmaterial und event. Schachliteratur stehen für diese Zeit jedem zur Verfügung. Alles frei und unentgeltlich. Wer außerdem an dem Spielabenden teilnehmen will (ohne Zwang, Mitglied zu werden), sei aus das heutige „Jugend“ hingewiesen. Am Freitag in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97, großer Massen-Wettkampf. Eintritt und Teilnahme frei. Garderobe 20 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 3. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Politik / Von Adolf Braun. — Das Volk während der französischen Revolution. Von Ernst Ludwig (Schling). — Annäherungen im Weltkrieg. Von A. E. Sobajak. — Auf dem Boden der Parteienabschlüsse. Von Wilhelm Kell. — Kaiser: In eigener Sache. Von K. Kautsky. — Zum Problem der wirtschaftlichen und sozialen Wirkung des Krieges. Von Sp. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch- handlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,00 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig. — Problemkreise stehen jederzeit zur Verfügung. — Die Neuköllner Welt. Historisch-politische Studie von Prof. Dr. Et. v. Smolka. 10 M. — Kommissionsverlag Gerold u. Cie., Wien, 1.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Kladenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Briefstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwässerung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. N. 1. Kriegs-Vollrente für uneheliche Kinder wird nach dem Gesetz nicht gezahlt. 2. Klein. — **N. N. 75.** Sie brauchen sich nicht zu melden. — **N. N. 20.** Derzeitigen dienstunfähig. — **N. N. 77.** 1. Sie würden in diesem Falle, wohl nur einen erhöhten Mietszuschuß bekommen, den Sie bei der zuständigen Steuerklasse beantragen müssen. 2. Eine Beweise zum Begründung wird nicht gezahlt. — **N. N. 6.** Die Mutter hat keinen Anspruch auf die Anwaltsversicherung, auf Grund der ge- liebten Maxen des Sohnes. — **N. 73.** Dauernd garnison- und arbeits- verwendungsunfähig. Ob sich die von Ihnen angegebenen Offiziere auf Ihre Krankheiten beziehen, erscheint uns zweifelhaft; sie würden bedeuten: Jüngerbar und Schwerhörigkeit. — **N. N. 1901.** Sie haben keinen Anspruch auf Kriegsunterstützung. — **N. N. 1.** Baden. 1. Die Erlaubnis zum Weitausgang kann Ihnen verweigert werden. Wir würden Ihnen aber doch empfehlen, auf die an Sie gestellte Bedingung nicht einzugehen. 2. Ja. 3. Eine Trauung mit vordemigen Aufgehob ist natürlich gestattet; ob die Frau dann Unterführung bekommt, hängt von der Bedürftigkeit ab. — **N. N. 23.** Werden Sie sich an die Marine-Division in Kiel. — **N. N. 26.** Unserer Meinung nach kann der Hauswirt es verweigern. Erfordern Sie sich aber auf dem zuständigen Polizeirevier danach. — **N. N. 100.** Da jetzt nur die Jahrgänge 1870—75 zur Musterung aufgerufen sind, brauchen Sie sich nicht zu melden. — **N. N. 8.** Klein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Kühl, im Norden vorwiegend heiter und trocken, im Süden überwiegend bewölkt, in der Nacht zu Sonnabend vielmal Frost.

Ausschneiden! **Aufheben!**
Berliner Arbeiter-Schachklub.
Jeden Sonntag vorm. 9—12 Uhr im „Kleinen Gemischtwarenhaus“, An der Stralauer Brücke 3 (nahe Jannowitzbrücke):
Freier Schachverkehr

bei unentgeltlicher Benutzung des Spielmaterials.
Spielabende der Abteilungen:
Nordsee jeden Freitag 8 1/2, bei Rebel, „Karlshofstr.“, Magstr. 12.
Nordwest Goebel, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Westen Goebel, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Neukölln Schröder, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Tempelhofer Schröder, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Schöneberg Schröder, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Hohen-Schönhausen Schröder, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Zentrum jeden Dienstag Dahn, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Osten Dahn, „Karlshofstr.“, Magstr. 10.
Gäste, auch Anfänger, willkommen.

**Voranzeige! Bußtag (Mittwoch, den 22. Nov.), nachm. 3 Uhr, im Lokal „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97:
Große Schach-Veranstaltung.
Eintritt für jedermann frei.
Allen Schachinteressierten einen gewinnreichen Abend versprechend, ladet hierzu schon jetzt freumblichst ein.
L. K.: Richard Seier, Post, Berlin N. 65, Müllerstraße.**



A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Zusendung
unangeschlossen

Weisskohl Pfund **7** Pl.
Rotkohl Pfund **17** Pl.
Wirsingkohl Pfund **17** Pl.

Grünkohl Pfund **13** Pl.
Kohlrüben Pfund **7** Pl.
Mairüben Pfund **7** Pl.
Mohrrüben Pfund **11** Pl.
Märkische Rübchen .. Pfund **22** Pl.
Rote Rüben Pfund **12** Pl.
Malzgerste Pfund **53** Pl.

Sellerie Ksohle **15, 20** Pl.
Zwiebeln 5 Pfund **95** Pl.
Tomaten Pfund **58** Pl.
Tafeläpfel Pfund **40** Pl.
Tafelbirnen Pfund **60** Pl.
Kochbirnen Pfund **42** Pl.
Sauerkohl Pfund **16** Pl.

5 Speiseteller mit Goldrand u. Linie 95 Pl.	1 Kakesdose 95 Pl.	1 Schmortopf Emaille 95 Pl.	1 Postkarten-Album Deckelpress. für 400 Karten 95 Pl.
8 Kaffeetassen grosse Form. 95 Pl.	1 Springform 95 Pl.	1 Kasserolle mit Ring, Emaille 95 Pl.	4 gr. Rollen Toilettepapier 95 Pl.
6 Kaffeebecher hübsch dekoriert. 95 Pl.	1 Garderobenleiste 95 Pl.	2 Nudelpfannen Emaille 95 Pl.	50 Bog. Briefpapier Leinen-pressung 95 Pl.
1 Salz- u. 1 Mehlmeste m. Aufschrift 95 Pl.	1 Fussbank Hartholz. 95 Pl.	1 Waschkübel Emaille 95 Pl.	

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: **Rose Bernd.**
Sonabend: **Soldaten.**
Sonntag nachmittag 3 Uhr (kleine Preise): **Der Biberpelz.**
Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: **Gespensersonate.**
Sonnt.: **Jonathans Töchter.**
Sonntag nachm. 3 (kleine Preise): **Wetterleuchten.**
Volksbühne. Theater a. S. Slowp.
8 1/2 Uhr: **Nachtschl.**
Sonabend, Sonntag: **Nachtschl.**
Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**
Komödienhaus
8 Uhr: **Der 7. Tag.**
Berliner Theater
8 Uhr: **Auf Flügeln des Gesanges.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
Peer Gynt.

Deutsch. Künstler-Theater.
Der Salamander,
Lustspiel von Presber und Stein.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Friedensglocken
Seitbild v. Regiel. Anf. 8.
Sonntag nach-
mittag 3 Uhr:
(ermäß. Preise):
Weihnachtsabend
im Schützengrab.

Circus Busch
7 1/2 Uhr Täglich 7 1/2 Uhr
Die erfolgreiche
Märchen-Prinz-
Pantomime:
Die Geierprinzessin
in 5 Akten von Paula Busch.
Vorher das große Programm.
Sonabend nachmittag 3 1/2, U.
Gr. Sonder-Jugend-Vorstellung
mit der neuen Luft. Poffen-Dant.
Die schöne Gärtnerin.
1 an-Kind auf allen frei

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2, u. 8 Uhr.
? Der geheimnisv. ?
Krause
und das große heitere
Variété-Programm.
Eppmann, Otto, Giltbuch für
die Dreierlei mit 263 Abbildungen.
Gebunden Hart 3.20. Buchhandlung
Vorwärts, Lindenstraße 3.

Arbeiterbildungsschule Berlin.
Lehrplan
für das vierte Quartal 1916.

a) Unterrichtskurse.

I. Dienstag: Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung.
Der Kapitalismus als Vorbedingung des Sozialismus. — Die vor-kapitalistische Zeit. — Die Revolutionierung des Wirtschaftslebens durch die Maschine. — Die Wirkung der kapitalistischen Entwicklung auf das Proletariat. — Der Gang der kapitalistischen Entwicklung. — Der Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung. — Imperialismus, Kolonialpolitik, Rüstungen, Weltpolitik. — „Kriegssozialismus“. — Der Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung. — Der Bund zwischen Wissenschaft und Arbeit. — Die proletarischen Kampfmittel.
Acht Abende. Beginn: Dienstag, den 24. Oktober.
Vortragender: Ernst Däumig.

II. Donnerstag: Vom Leben der Tiere.
Tier und Pflanze; Unterschied und gegenseitige Abhängigkeit. — Die Abhängigkeit der Tiere von Umgebung, Wärme und Licht. — Der Stoffwechsel der Tiere. — Bewegung der Tiere. — Sinnesleben der Tiere. — Fortpflanzung der Tiere. — Schutz und Trutz in der Tierwelt. — Gegenseitige Hilfe in der Tierwelt.
Acht Abende. Beginn: Donnerstag, den 28. Oktober.
Vortragende: Käthe Dunccker.

III. Sonnabend: Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges.
Der Kursus wird den Entwicklungsgang der Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes bis zum 4. August des Jahres 1914 behandeln.
Acht Abende. Erster Vortrag am Sonnabend, den 21. Oktober 1916.
Vortragender: Eduard Bernstein.

b) Sonntagsveranstaltungen.

I. Die Blütezeit der deutschen Kunst.
(Lichtbildervorträge aus dem Gebiete der darstellenden Kunst.)
Vierter Vortrag: Sonntag, den 22. Oktober: **Die deutsche Frührenaissance in ihrem Verhältnis zu Italien.**
Vortragender ist Herr Dr. Bernoulli von den Kgl. Museen in Berlin. Die Vorträge werden durch eigene Lichtbilder des Vortragenden erläutert und berücksichtigen besonders die Kunstwerke im Kaiser-Friedrich-Museum.

II. Dichter des freien Menschentums.
(Vorträge aus dem Gebiete der Dichtkunst.)
Erster Vortrag: Sonntag, den 29. Oktober: **Lord Byron.**
Zweiter Vortrag: Sonntag, den 5. November: **Shelley.**
Dritter Vortrag: Sonntag, den 12. November: **Konrad Ferdinand Meyer.**
Vierter Vortrag: Sonntag, den 9. November: **Gottfried Keller.**
Vortragender: Heinrich Ströbel.

III. Übungen im Musikhören.
(Vorträge aus dem Gebiete der Musik.)
Erster Vortrag: Sonntag, den 26. November: **Sinnliches und seelisches Hören. „Genuss“ und „Ausdruck“ durch Musik. Verständnis durch aktive „Einfühlung“. (Mit Beispielen am Klavier.)**
Zweiter Vortrag: Sonntag, den 3. Dezember: **Musikalische „Formen“. Das Wesen der einfachen und der zusammengesetzten Form. Motiv — Periode — Thema. (Mit Beispielen am Klavier.)**
Dritter Vortrag: Sonntag, den 10. Dezember: **Die Form im Zusammenwirken der Musik mit der Poesie. Lied, Melodrama. (Mit Gesangs- und melodramatischen Beispielen.)**
Vierter Vortrag: Sonntag, den 17. Dezember: **Die Musik als „Sprache“. Die Träger und Vermittler des musikalischen Ausdrucks. Äußerliches und innerliches Verständnis. Programmmusik und absolute Musik. Das „Schöne“, das „Häßliche“, das „Tragische“, das „Komische“, das „Erhabene“, das „Anmutige“, das „Gewöhnliche“ in der Musik. „Ziele“ der Kunst. (Mit Violin-, Gesangs- und Klavierbeispielen.)**
Vortragender: Leo Kestenberg.

Alle Vorträge und Kurse finden im Hörsaal, Lindenstraße 3, IV. Hof, rechts 3 Treppen statt.
Das Unterrichtsgeld beträgt für jeden acht Vorträge umfassenden Kursus 0,50 M. Es ist spätestens am zweiten Vortragsabend zu entrichten. Die Anmeldungen erfolgen nur im Schulkolok Lindenstr. 3, IV. Hof, rechts 3 Tr., am ersten Unterrichtstage. Arbeitslose haben unentgeltlich Zutritt. Die Vorträge beginnen an den Wochentagen stets um 8 1/2 Uhr abends. Schluß gegen 10 Uhr. — Die Sonntagsveranstaltungen beginnen 7 1/2 Uhr abends. Der Eintrittspreis für die letzteren beträgt 10 Pf. pro Abend.

Theater am Freitag, 20. Oktober.
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Die Fledermaus.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrfeld-Theater
8 1/2 Uhr: **Villa Pachesina.**
Kleines Theater
8 Uhr: **Letztes Geburtstag.**
Benz und Fanny Eisler.
Paul und Paula.
Komische Oper
8 1/2 Uhr: **Die schöne Kubanerin.**
Sonntag 4 Uhr: **Heimat.**
Lustspielhaus
Zum 200. Male:
(Kollo dirigiert!)
8 1/2 Uhr: **Der selige Balduin**
Sonntag. 3 1/2. D. Widersp. Zähmung.
Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Sonnt. nachm. 3 U.: **Die Kaiserin**

Neues Operettenhaus
Kassentelephon: Norden 281.
8 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Der gutsitzende Frack.**

Schiller-Theater O
8 Uhr: **Glaube und Heimat.**

Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: **Der Herr Senator.**

Thalia-Theater
8 1/2 U.: **Blondinehen.**

Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 U.: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
8 Uhr: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
8 1/2 U.: **Der Himmel auf Erden.**

Walhalla-Theater.
8 Uhr:
Seemannsleben.

Possen-Theater.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Ein unnatürl. Sohn
Sagen wir — die Hälfte
mit Leonhard Masek.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Täglich 8 1/2 Uhr
Eingang in feiner Art in Groß-Berlin.
Berliner Humor in erster Zeit.
Meine gute Olle.
Original-Boße in 3 Akten.
Vorher erstklassiger hunder Teil.
Sonntag 4 Uhr: **Valerius Wunderkur.**

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die Bagdadbahn.

Rose-Theater.
8 Uhr (bei aufgehob. Abonnement):
Lillis Vergeltung.

Volgt-Theater.
Sadstr. 52. Sadstr. 52.
Täglich:
Das Erbe.
Reifenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: **Die wilde Kate.**
Montag, 23. 10.: 10 jähr. Jubiläum d. Herrn Kapellmstr. Franz Hoffmann.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Z. Beschaffung von Weihnachtsgaben I. d. 2. Garde-Reg. a.F.
Gr. Gesangs- und Orchester-Konzert.
Ersatz-Kapelle des 2. Garde-Regiments zu Fuß.
Leiter: Königlicher Obermusikmeister Max Graf.
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Solisten; Kammeränger Alexander Heilmann und Erna Gerstmann.
Am Klavier: Dr. Felix Günther.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. Anfang 8 Uhr. Alle Vergünst. aufgehob.

Gewerkschaftshaus.

Am Sonntag, den 22. Oktober 1916,
veranstaltet der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ im
großen Saale einen

Lieder-Abend

Zum Vortrag gelangen u. a.:

O Schön Rottrant. Von D. Weil | Im Winter . . . Von Kremser
gefangen von 60 Sängern.
Konzert von Maximilian Fischer

Serenade Von Kostotoff.
Fantasie aus der Oper „Rigoletto“ Von Verdi.
Zwei ung. Längs Von Brahms.
Eröffnung 5 Uhr. — — — Anfang 6 Uhr.

Im Rahagonisalf erweitertes Restaurationsbetriebe
und das humoristische Trio Charles Freitucher, Wadepfer Kanane,
Mimmi Carla mit ihrem humoristischen Sketch und andere Vorträge.

Sonntag mittag:
Schnitzbrot 0,25 1/2 Ente mit Kraut 2,50
Steinbutt holländisch 1,25 1/2 Hahn 2,00
Vianentoch mit Stercreme und Kompott oder Salat 0,30
falter Beilage 1,50 Speise 0,40
Reberhühner mit Kraut 1,50
Abends: 200 Gänge, à Portion mit Koffohl 3,00 Fr.
200 Enten, 1/2 Ente mit Kraut 2,50 Fr.

Heute u. morgen: Ein sehr billiger Schnellverkauf!
500 Zeitgäste, prima Exemplare, Schaufensterware à Stb. 4,00—5,00.
300 Wästen, feste Ware à Stb. 4,00 Fr.
500 feste holländische Säbner à Stb. 3,25 Fr.
Ein großer Vollen Gänsefleisch à Stb. 4,00 Fr.
Ein großer Vollen Gänsefleisch à Stb. 1,00 Fr.
Ein großer Vollen Fettschinken à Stb. 4,50 Fr.

Aus eigener Mäckererei:
Ein großer Vollen Spickhase à Stb. 5,00—5,50 Fr.
Ein großer Vollen geräucherter Backschränge 10 Stück 6,00 Fr.
Ein großer Vollen Kleiner Spreitbäcklinge 10 Stück 3,00 Fr.

Abis! **Sonabend abend kommt ein Stamm von 20 raffigen**
Begehütern zum Preise von 160,00 Fr. zum Verkauf.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
ohne Preis-erhöhung im Einzelverkauf ohne Preis-erhöhung
vom großen Fabriklager ab.
für Anzüge Paletots Ulster } wird Bezugsschein und be-
bis M. 60- bis M. 85- bis M. 90- } hördliche Abstempelung von
der Firma kostenlos besorgt.
Alle höheren Preislagen bezugscheinfrei!
Vorkaufszell 10—8, Sonnabends 10—8, Sonntags 12—2.
Helkenmarkt 7—8, IV, Fahrstuhl

Monatsgarderobenhaus

H. Türkischer, Prinzenstraße 79, nahe Moritzplatz,
offert in großer Auswahl Jacketts, Rocken, Paletots, Ulster,
teils auf Seide, von Kapellieren kurze Zeit getragen (auch für corpulente
Figuren), zu billigen Preisen. Abteilung II. **Ertrag für Maß:**
Durch vorzeitigen Ankauf eines erstklassigen Baronslagers offerierte ich
elegante neue Jacketts, Rock, Smoking-Anzüge, Paletots, Ulster
trotz großer Preissteigerung für nur 25—75 Mark. Große Auswahl
bezugscheinfreier Waren.

Central-Haus Jägerstr. 13
Conc. Leihhaus.

Altbekanntes Gelegenheits-Kaufhaus für Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmuckwaren.
Täglicher Verkauf von Kavaliereu wenig getragener Jackett- Rock-, Frack-Anzüge, Paletots
und Ulster, auffallend billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, in erstklassiger Verarbeitung.
Große Auswahl in Damen-Kleidern, Kostümen, Ulstern und Mänteln.
**Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzröcken, Hüften, Alaskafuchs, Skunks, Nerz,
Seal, Harter u. a. Herren-Gehelpen.** Extra-Angebot in Lombard gewesener Brillanten,
Uhren und Schmuckwaren zu sehr billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10% extra.
Bezugsberechtigter Kleiderfabrik, Hirsch-Wilhelm, Neudamm. Für den Bucheranteil bezantio: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.